

Working Paper

Dynamiken im Mediendiskurs zu nachhaltiger Ernährung. Analyse
im Rahmen des Vorhabens „Soziale Aspekte von Umweltpolitik“

Öko-Institut Working Paper 4/2022

Dr. Linda Wallbott
Darmstadt

Franziska Wolff
Öko-Institut, Berlin



Öko-Institut e.V. / Oeko-Institut e.V.

info@oeko.de

www.oeko.de

Geschäftsstelle Freiburg / Freiburg Head Office

Postfach / P.O. Box 17 71

79017 Freiburg. Deutschland / Germany

Tel.: +49 761 45295-0

Büro Darmstadt / Darmstadt Office

Rheinstraße 95

64295 Darmstadt. Deutschland / Germany

Tel.: +49 6151 8191-0

Büro Berlin / Berlin Office

Borkumstraße 2

13189 Berlin. Deutschland / Germany

Tel.: +49 30 405085-0

Working Paper

Dynamiken im Mediendiskurs zu nachhaltiger Ernährung.

Analyse im Rahmen des Vorhabens „Soziale Aspekte von Umweltpolitik“

Die Erkenntnisse wurden im Rahmen des von Umweltbundesamt und BMUV finanzierten Vorhabens „Soziale Aspekte von Umweltpolitik“ (FKZ 3719 16 106 0) gewonnen.

Dr. Linda Wallbott
Darmstadt

Franziska Wolff
Öko-Institut, Berlin

Working Paper 4/2022 Öko-Institut e.V. / Oeko-Institut e.V.

Dezember 2022

Download: www.oeko.de/fileadmin/oekodoc/WP-Dynamiken-im-Mediendiskurs-zu-nachhaltiger-Ernaehrung.pdf



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer Creative Commons Namensnennung, Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 Lizenz. Öko-Institut e.V. 2022

This work is licensed under Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0. Oeko-Institut e.V. 2022

Die Working Paper Series des Öko-Instituts ist eine Sammlung wissenschaftlicher Beiträge aus der Forschungsarbeit des Öko-Instituts e.V. Sie präsentieren und diskutieren innovative Ansätze und Positionen der aktuellen Nachhaltigkeitsforschung. Die Serie ist offen für Arbeiten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus anderen Forschungseinrichtungen. Die einzelnen Working Paper entstehen in einem sorgfältigen wissenschaftlichen Prozess ohne externes Peer Review.

Oeko-Institut's Working Paper Series is a collection of research articles written within the scope of the institute's research activities. The articles present and discuss innovative approaches and positions of current sustainability research. The series is open to work from researchers of other institutions. The Working Papers are produced in a scrupulous scientific process without external peer reviews.

Zusammenfassung

Ernährung ist ein umstrittenes Themen- und Politikfeld mit zentraler Bedeutung für die menschliche und planetare Gesundheit und für die Nachhaltigkeitstransformation. Gleichzeitig stellen die Erschwinglichkeit von Lebensmitteln und der Zugang zu einer gesunden Ernährung wichtige soziale Fragen dar. Dies gilt insbesondere in Zeiten von inflationsbedingt schnell steigenden Lebensmittelpreisen, wie sie im Untersuchungszeitraum teilweise vorlagen.

Um die unterschiedlichen sozialen und ökologischen Anforderungen zu identifizieren, die in Deutschland an (nachhaltige) Ernährung herangetragen werden, untersuchten wir in dieser Studie 46 Medienbeiträge, die zwischen März 2021 und Juni 2022 online veröffentlicht wurden (auf den Webpräsenzen von Bild.de, Deutschlandfunk, ZDF, RTL aktuell, Spiegel Online, tagesschau.de, TAZ online und t-online). Der Untersuchungszeitraum deckt den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021, die Debatten im Zuge der Bildung der neuen Bundesregierung und den Beginn bzw. die ersten Monate des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine (Februar 2022) ab.

Alle Beiträge wurden mit der Methode der Frameanalyse (Snow & Benford 1988) hinsichtlich der enthaltenen Problemdarstellungen und thematisierten Konfliktlinien (diagnostische Rahmung) sowie Lösungsvorschläge (prognostische Rahmung) untersucht. Auf dieser Grundlage können wir für den genannten Untersuchungszeitraum vier Diskursphasen differenzieren. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Schwerpunkte, die in Bezug auf soziale und ökologische Anforderungen an (nachhaltige) Ernährung formuliert werden.

Nach der ersten untersuchten Diskursphase (I), die den (Vor-) Bundestagswahlkampf 2021 prägte, haben wir insbesondere den Debattenbeitrag des neuen Bundeslandwirtschaftsministers Cem Özdemir im Dezember 2021 (Diskursphase II) als wichtiges mediales und diskursives Ereignis identifiziert. Özdemir forderte ein Ende der „Ramschpreise“ für Lebensmittel und stellte diese Forderung in einen breiteren Zusammenhang mit Gerechtigkeit, Bekämpfung von Klimawandel und Artensterben, Tierwohl und Gesundheit.

Im Anschluss entspann sich eine medial reflektierte intensive Debatte über den finanziell vermittelten Zugang zu gesunder und nachhaltiger Ernährung. Das Themen-/Politikfeld ‚Ernährung‘ wurde hier rasch mit einer Diskussion über sozialpolitische Fragen verknüpft. Diese Dynamik verschärfte sich in den folgenden zwei Diskursphasen, als Russland die Ukraine angriff (III) und die Folgen des Kriegs zunehmend spürbar wurden (IV). In diesem Zuge wurden sozioökologische Anforderungen an Ernährung durch die Thematisierung materieller Ernährungsarmut verdrängt

Abstract

Nutrition is a contested issue and policy field that is highly relevant for both individual and planetary health as well as for sustainable development. At the same time, affordability of and access to healthy food are questions of social justice. This becomes even more evident during times of high inflation and surging food prices.

In order to identify the social and ecological claims that are attributed to the issue of (sustainable) nutrition in Germany, we analyse 46 media articles that have been published online between March 2021 and June 2022 (on the websites of Bild.de, Deutschlandfunk, ZDF, RTL aktuell, Spiegel Online, tagesschau.de, TAZ online und t-online). This period covers the election campaign to election to the Bundestag in 2021, the installation of the new government, and the beginning and first months of the Russian war against Ukraine since February 2022. All articles were – following the frame analysis approach of Snow & Benford (1988) – analysed regarding their diagnostic and prognostic framings and the major conflict lines that they include. On this basis we were able to differentiate four phases

of discourse that vary with view to the social and ecological claims that are demanded on (sustainable) nutrition.

After the first analysed discourse phase (I) which shaped the (pre-) federal election campaign, we identified the contribution of the new Federal Minister of Agriculture, Cem Özdemir, in December 2021 (phase II) as an important media event and discursive intervention. In his statement, Özdemir demanded the end of low prices for food, and related this claim to matters of justice, fight against climate change and loss of biodiversity, animal welfare and health.

Subsequently, the media reflected an intense discussion about the financial quality of accessibility of a healthy and sustainable nutrition. Thus, the issue area/policy field 'nutrition' was linked to a debate about social policy. This dynamic exacerbated in the following two phases of the discourse, when Russia attacked Ukraine (III) and when the impacts of the war (e.g., accelerating inflation and rising living expenses) became increasingly noticeable (IV). In the course of this, socio-ecological claims towards nutrition were increasingly displaced by the thematization of material food poverty.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
Abstract	4
Tabellenverzeichnis	7
1 Einleitung	8
2 Untersuchungsdesign	10
2.1 Analyserahmen	10
2.2 Methode	11
3 Der Mediendiskurs um (nachhaltige) Ernährung in Deutschland 2021-2022	14
3.1 Phase I (03-08/2021) – Der (Vor-)Bundestagswahlkampf	14
3.1.1 Diagnostisches Framing	14
3.1.2 Prognostisches Framing	18
Akteursrollen und Konfliktlinien zwischen Akteuren	19
3.2 Phase II (09-11/2021) – Bildung der neuen Regierung (Kabinett Scholz)	21
3.2.1 Diagnostisches Framing	21
3.2.2 Prognostisches Framing	22
3.3 Phase III (12/2021-02/2022) – Interview Özdemirs	23
3.3.1 Diagnostisches Framing	24
3.3.2 Prognostisches Framing	27
3.4 Phase IV (03-06/2022) – Nach Beginn des Ukrainekriegs	33
3.4.1 Diagnostisches Framing	34
3.4.2 Prognostisches Framing	37
4 Schlussbetrachtung	42
5 Ausgewertete Medienbeiträge	48
Literaturverzeichnis	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Medienanalyse Textkorpus (vgl. Auflistung in Kapitel 5)	12
Tabelle 2: Analyseraster für Diskursanalyse (Medienbeiträge) zum Thema (nachhaltige) Ernährung	12
Tabelle 3: Ergebniszusammenfassung der Analyse	44

1 Einleitung

Vegetarisch, vegan, ‚Paleo‘, ‚Keto‘, ausschließlich ‚bio‘, flexitarisch, pescetarisch, omnivor – welche Ernährungsform ist die richtige und aus welchen Gründen? Die Liste der mittlerweile geläufigen Ernährungsformen ist lang. Dabei dient Essen nicht nur der Nahrungsaufnahme, als Energielieferant oder der Versorgung mit Nährstoffen. Die in Individualhaushalten und in Gemeinschaftsverpflegung gewählten Ernährungsformen wirken sich auf Umwelt und Klima aus (Willett et al. 2019) und haben vielfältige ethische Implikationen (Voget-Kleschin & Hampicke 2016). Zugleich sind die Erschwinglichkeit von Lebensmitteln und der Zugang zu einer gesunden Ernährung zentrale soziale Fragen. Dies gilt insbesondere in Zeiten von inflationsbedingt schnell steigenden Lebensmittelpreisen, wie dies im Untersuchungszeitraum teilweise der Fall war. Ernährung ist zudem mit Identität und der Kommunikation von Zugehörigkeit und Abgrenzung – beispielsweise sozialer Distinktion (vgl. Ellrott 2016) – verbunden.

Ernährung steht damit in einem Spannungsfeld zwischen Privatheit und Öffentlichkeit bzw. politischem Eingriff. Als Themen- bzw. Politikfeld ist ‚Ernährung‘ sehr umstritten. Um ein besseres Verständnis darüber zu gewinnen, welche Anforderungen in gegenwärtigen öffentlichen Diskussionen an Ernährung und damit auch an Ernährungspolitik herangetragen werden, nimmt der vorliegende Bericht eine Bestandaufnahme des bundesdeutschen Mediendiskurses zu „Ernährung“ vor. Hierfür analysieren wir 45 Beiträge zentraler Print- und Online-Medien,¹ die zwischen März 2021 und Juni 2022 erschienen sind. Unser Fokus liegt auf den medial repräsentierten *sozialen und ökologischen Anforderungen an Ernährung*. Wir erfassen diese unterschiedlich ausgestalteten Nachhaltigkeitsanforderungen an Ernährung empirisch, d.h. im untersuchten Textmaterial und ohne eigene Nachhaltigkeitsanforderungen an Ernährung normativ zu definieren.²

Die Untersuchung erfasst auch die *Konflikte und Synergien*, die zwischen verschiedenen sozialen und ökologischen Aspekten von Ernährung wahrgenommen und thematisiert werden, die *Handlungsoptionen und Lösungsstrategien*, die für die benannten Probleme skizziert werden, und die *Akteur*innen*, die hierfür in die Verantwortung genommen werden. In unserer Untersuchung fokussieren wir auf das Bedürfnisfeld Ernährung aus Konsument*innenperspektive³ (sowohl in Bezug auf *Individual- als auch Gemeinschaftsverpflegung*). Insbesondere betrachten wir dabei, wie der *Zugang zu erschwinglicher Ernährung* thematisiert wird. Damit geht es auch um Teilhabe und die Inklusivität des Ernährungssystems, mithin also um Fragen sozialer Gerechtigkeit.

Die öffentliche Debatte zu diesem Thema wurde insbesondere durch einen Beitrag von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir im Dezember 2021 geprägt, den wir in unserer Untersuchung als zentrales diskursives Ereignis identifizieren. In seinem Beitrag forderte Özdemir ein Ende der „Ramschpreise“ für Lebensmittel und eine Wende hin zu gesünderen Lebensmitteln, einer wertschätzenden Lebensmittelproduktion und mehr Klima-, Umwelt- und Artenschutz. Im Anschluss hieran entspann sich eine Diskussion, die sich (schließlich durch steigende Lebensmittelpreise und Inflation im Zuge des Ukraine-Kriegs verstärkt) rasch vom Thema ‚Nachhaltigkeit‘ hin zu ‚Existenzsicherung‘ verschob. Durch die Nachzeichnung dieser

¹ D.h. keine Social-Media-Beiträge.

² *Nachhaltigkeit* bezeichnet als politisches Leitbild eine gesellschaftliche Entwicklung, in der die Bedürfnisse heutiger Generationen erfüllt werden, ohne die Bedürfnisbefriedigung kommender Generationen zu gefährden oder die Wahl ihres Lebensstils einzuschränken (WCED 1987). Eine nachhaltige Entwicklung vollzieht sich also stets innerhalb der planetaren Grenzen (Scoones, Newell & Leach 2015), ist orientiert an der möglichen Dauerhaftigkeit politischer und wirtschaftlicher Zielsetzung und -umsetzung und berücksichtigt Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Generationen.

³ Die Wertschöpfungsstufen Produktion, Verarbeitung und Handel stehen nicht im Fokus der Studie, auch wenn sie beispielsweise mit Blick auf die Gewährleistung ökologischer und sozialer Standards entlang von Wertschöpfungsketten Teil eines umfassenden Verständnisses ‚nachhaltiger‘ Ernährung sind.

Diskursverschiebungen trägt unsere Analyse zum verbesserten Verständnis der Dynamiken rund um die verschiedenen Anforderungen bei, die an Ernährung und Ernährungspolitik herangetragen werden.

Hierzu entwickeln wir in **Kapitel 2** ein Untersuchungsdesign (Analyserahmen und Methode). Mit seiner Hilfe können wir in **Kapitel 3** herausarbeiten, welche argumentativen Zusammenhänge (Anforderungen und Begründungsstrukturen) in Bezug auf eine nachhaltige Ernährung und Ernährungspolitik in den ausgewählten Medien formuliert werden. Bei dieser Untersuchung des Diskursfeldes „Ernährung“ in Deutschland identifizieren wir **vier Diskursphasen**. Diese unterscheiden sich hinsichtlich der dominanten sozialen und ökologischen Anforderungen an Ernährung und der stärksten Konfliktlinien zwischen diesen Anforderungen. **Kapitel 4** enthält die **Schlussbetrachtungen**.

2 Untersuchungsdesign

2.1 Analyserahmen

In dieser Studie betrachten wir den Diskurs um Ernährung im Spannungsfeld von Umwelt und Sozialem wie er sich in der **Medienberichterstattung zu nachhaltiger Ernährung** konkretisiert. Unter „*Diskurs*“ verstehen wir dabei ein „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien“, das einem Phänomen Bedeutung verleiht und das durch spezifische Praktiken hervorgebracht wird (Hajer 1995). Diskurse strukturieren die Wahrnehmung von Akteuren, beeinflussen ihre Überzeugungen, Interessen und mittelbar ihr Handeln. Ein Diskurs kann sich rund um sogenannte *diskursive Ereignisse* konkretisieren, die durch Akteur*innen besonders herausgestellt werden. Akteur*innen beeinflussen die Richtung und die Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören (Jäger 1993, 2000). Insgesamt bildet sich so ein diskursiver *Raum*, der sich durch die Gleichzeitigkeit von interaktiver, wechselseitiger Positionierung der Akteur*innen und Bedeutungszuschreibung (von Sprecher*innen und Thema) herausbildet (Wallbott 2019). In dieser Analyse steht der (Print-) Mediendiskurs zu nachhaltiger Ernährung im Fokus. Dabei werden Medienbeiträge zum einen als Vehikel betrachtet, durch die Akteur*innen ihre Argumente für und wider eine bestimmte Ausgestaltung des Ernährungssystems in Deutschland präsentieren können. Zum anderen sehen wir die Beiträge aber immer auch als Arbeiten von Journalist*innen bestimmter Medienhäuser, die solche Argumente selektieren, einordnen, bewerten und in eigene Narrative einweben.

In der Analyse versuchen wir, den **interpretativen Rahmen** zu rekonstruieren, der durch die meinungsbildenden Medien und Akteur*innen in Deutschland geschaffen wird. Dabei unterscheiden wir in Anlehnung an Snow und Benford (1988; vgl. auch Keller 2015, S. 29f.) zwischen diagnostischen und prognostischen Rahmungen bzw. Positionierungen:⁴

- **Diagnostische Rahmung:** Was wird als „**Problem**“ identifiziert, was als seine Ursachen? Welche Themen und Verhalten werden als problematisch und/oder illegitim identifiziert? Welche sozialen und ökologischen **Anforderungen** an Ernährung bzw. Ernährungspolitik werden wie (pragmatisch, normativ, antagonistisch, synergistisch) thematisiert? Welche **Konflikte** und **Synergien** zwischen ökologischen und sozialen Anforderungen an Ernährung werden benannt?
- **Prognostische Rahmung:** Welche **Lösungsansätze** für das „Problem“ werden aufgezeigt? Welchen **Akteur*innen** werden welche Verantwortlichkeiten für Problemgenese und Problemlösung zugeschrieben? Welche **Konfliktlinien** zwischen verschiedenen Akteur*innen werden dabei sichtbar?
- Durch die systematische Strukturierung der öffentlichen Kommunikation rund um dieses Thema in den untersuchten Beiträgen werden schließlich die unterschiedliche *Diskursstränge* sichtbar, die jeweils ihren eigenen thematischen Kern besitzen hinsichtlich dessen, was gesagt wurde bzw. dessen, was „sagbar“ ist/war, und, gegebenenfalls, was nicht explizit gemacht wurde. Schließlich können sich verschiedene Diskursstränge überlagern und miteinander verflochten sein, so dass bestimmte Argumentationen einen größeren Argumentationszusammenhang stützen (Jäger 1993). Durch die Zusammenschau dieser Untersuchungsperspektiven können wir überlappende und konfliktive narrative Strukturen (Hajer 1995) herausarbeiten, mittels derer zentrale Akteur*innen ihre Interpretation der sozialen und physischen Welt, ihre Deutungsmuster rund um

⁴ In der Forschung zu sozialen Bewegungen werden ergänzend „motivationale Rahmungen“ betrachtet, mit denen Akteure dazu motiviert werden sollen, auf bestimmte Art und Weise zu handeln. In Mediendiskursen stehen diese Rahmungen jedoch weniger im Vordergrund und verschwimmen eher mit prognostischen Rahmungen. Wir werden daher nur punktuell darauf hinweisen, wenn motivationale Rahmungen identifizierbar sind.

die sozialen und ökologischen Anforderungen an Ernährung im Kontext interaktiver Praktiken mitteilen.

2.2 Methode

Unser Vorgehen umfasste die Phasen Konzepterstellung, Datenerhebung (d.h. Erschließung und Aufbereitung des Textmaterials) sowie Feinanalyse und Interpretation.

Um Antworten auf die oben gelisteten Forschungsfragen herauszuarbeiten, wurden Medienartikel für den **Untersuchungszeitraum** März 2021 bis Juni 2022 recherchiert. Es wurden folgende vier Phasen abgedeckt:

- Phase I (03-08/2021): (Vor-)Bundestagswahlkampf
- Phase II (09-11/2021): Bildung der neuen Regierung (Kabinett Scholz)
- Phase III (12/2021-02/2022): Interview Özdemirs und Konsolidierung der Regierung bis zum Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine;
- Phase IV (03-06/2022): Zeitraum, in dem die Folgen des Krieges in der Ukraine sowohl global als auch auf der Haushaltsebene spür- und wahrnehmbar werden.

Unsere Untersuchung deckt demnach Zeiträume ab, in denen es sowohl hinsichtlich der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontextbedingungen wesentliche Veränderungen gab. Wir können somit (für die in unserem Textkorpus enthaltenen Medienbeiträge) erfassen, ob und wenn ja welche Verschiebungen es im Anforderungsprofil an das Themenfeld Ernährung(spolitik) gab. Zum einen bestand durch den Bundestagswahlkampf 2021 sowie durch die personelle Umbesetzung und die inhaltliche (Neu-)Orientierung von Bundesministerien im Zuge der Regierungsbildung Ende 2021 ein neuer Debattenkontext, in dem das Thema („nachhaltige“ Ernährung“ rasch prominent behandelt wurde. Zum anderen wurden relativ schnell nach der sogenannten geopolitischen „Zeitenwende“ (Bundeskanzler Scholz) – der neuen globalen Lage infolge des völkerrechtswidrigen Angriffs Russlands auf die Ukraine zu Beginn des Jahres 2022 – die Folgen für das globale Ernährungssystem und die Wirtschaft allgemein (Inflation) deutlich. Dadurch rückte die Kaufkraft von Haushalten für (nachhaltige) Lebensmittel erheblich stärker in den Fokus.

Der **Medienkorpus** umfasst 46 Texte (vgl. Tabelle 1 sowie Kapitel 5). Es wurden Beiträge aus Medien ausgewählt, die einerseits eine gewisse Bandbreite des politischen Spektrums in Deutschland reflektieren – von eher linksliberalen bis zu eher bürgerlich-konservativeren, teils populistischen Medien. Andererseits wurden Beiträge solcher Medien ausgewählt – gemessen an ihrer Reichweite – zentral für den öffentlichen Diskurs in Deutschland sind.⁵ Zusätzlich zu Beiträgen auf den Homepages von Printmedien wurden relevante Artikel aus dem größten Online-Portal (Telekommunikationsanbieter) untersucht sowie Online-Beiträge der Fernseh-Nachrichtensendungen, die durchschnittlich die meisten Zuschauer erreichen.⁶ Mit dieser Medienauswahl wird eher eine Mainstream-Debatte nachgezeichnet als in die Tiefe thematisch

⁵ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/165258/umfrage/reichweite-der-meistbesuchten-nachrichtenwebsites/> (zuletzt aufgerufen am 15.06.2023).

⁶ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/160918/umfrage/reichweiten-ausgewaehelter-tv-nachrichtensendungen/> (zuletzt aufgerufen am 15.06.2023).

spezialisierten Journalismus⁷ oder alternativer/radikalerer Positionen gegangen, für die andere Medien oder Foren genutzt werden.

Die untersuchten Beiträge ergaben sich durch Recherche in den Suchmasken der Websites der jeweiligen Medien, u.a. anhand von **Suchstrings** mit kombinierten Begriffen wie (*ernähr* ODER *essen* ODER *verpflieg* ODER *kantine*) UND (*sozial* ODER *umwelt* ODER *klima* ODER bio* ODER vegetarisch* ODER vegan* ODER *fleisch* ODER *gesund* ODER *fair* ODER *nachhaltig* ODER *alternativ*). Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die herangezogenen Medienbeiträge.

Tabelle 1: Medienanalyse Textkorpus (vgl. Auflistung in Kapitel 5)

Medium	Anzahl ausgewerteter Artikel				
	Phase I	Phase II	Phase III	Phase IV	gesamt
Bild.de		1	2	2	5
Deutschlandfunk	4			1	5
RTL aktuell	1	1	4		6
Spiegel Online		2	1	1	4
tagesschau.de	1		2	3	6
TAZ online	1		6	3	10
t-online			1	1	2
ZDF	3	1	2	2	8

Quelle: eigene Zusammenstellung; Medien in alphabetischer Reihenfolge

Die Dokumente dieses Textkorpus wurden in die Analysesoftware MaxQDA importiert, codiert und inhaltsanalytisch ausgewertet. Die umseitige Tabelle gibt einen Überblick über die Fragen, die die Analyse anleiteten, um die Nachhaltigkeitsanforderungen an Ernährung herauszuarbeiten.

Tabelle 2: Analyseraster für Diskursanalyse (Medienbeiträge) zum Thema (nachhaltige) Ernährung

Analyseraster		
Diagnostisches Framing	Problem-beschreibung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Was wird im Kontext (nachhaltiger) Ernährung und Ernährungspolitik als Problem definiert? ▶ Welche sozialen und ökologischen Aspekte werden problematisiert?
	Anforderungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche sozialen und ökologischen Anforderungen werden in den Beiträgen an Ernährung und damit implizit an Ernährungspolitik gestellt? (z.B. Erschwinglichkeit, Gesundheit, Umwelt-/Klimafreundlichkeit, Fairness/Gerechtigkeit – sowohl für individuelle als auch Gemeinschaftsverpflegung)
	Thematisierte Konflikte	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Konflikte zwischen den verschiedenen Anforderungen (s.o.) an Ernährung(spolitik) werden thematisiert? ▶ Welche gruppenspezifischen oder räumlichen Verteilungswirkungen von Ernährungspolitik werden thematisiert?
	Thematisierte Synergien	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Synergien zwischen den verschiedenen Anforderungen (s.o.) an Ernährung(spolitik) werden thematisiert?

⁷ Nicht abgedeckt wurden so beispielsweise Medien, die die Themen Landwirtschaft und Ernährung explizit aufgreifen, wie der Berliner „Tagesspiegel“ mit seinem digitalen Sonderformat „Tagesspiegel Background Agrar & Ernährung“.

Prognostisches Framing		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche gruppenspezifischen oder räumlichen Verteilungswirkungen von Ernährungspolitik werden thematisiert?
	Mögliche Lösungsansätze	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Werden im Fall wahrgenommener Konflikte Lösungsansätze und Handlungsaufforderungen beschrieben? Wenn ja, welche?
	Akteur*innen und ihnen zugeschriebene Rollen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Akteur*innen werden mit welchen Positionen und Interessen thematisiert? ▶ Welche Akteur*innen werden bspw. als Verursacher, (positiv/negativ) Betroffene und Gestalter von Lösungsoptionen benannt? ▶ Welche Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten werden zugewiesen?
	Konfliktlinien	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Welche Konfliktlinien zwischen verschiedenen Akteur*innen bzw. Akteursgruppen werden skizziert?

Quelle: adaptiert nach Wolff (2021)

Bei der Textanalyse sind wir explorativ vorgegangen und haben die Texte halboffen codiert, d.h. Codes zunächst deduktiv entsprechend des Rasters aus Tabelle 2 vergeben und ggf. weitere inhaltliche Codes induktiv ergänzt. Sprachliche Strategien, wie sie in Diskursen beispielsweise für die In- oder Exklusion, die (De-)Legitimierung oder (De-)Mobilisierung von Positionen und Akteuren eingesetzt werden, wurden hingegen nicht kodiert. Insgesamt haben wir auf die qualitative Herausarbeitung der Argumentationsstränge fokussiert, um die Breite der Positionen darzustellen, die die öffentliche Meinungsbildung abstecken. Aufgrund der begrenzten Anzahl der untersuchten Beiträge haben wir auf eine quantitative Analyse (Häufigkeiten, prozentuale Angaben) weitgehend verzichtet.

3 Der Mediendiskurs um (nachhaltige) Ernährung in Deutschland 2021-2022

Wie nun wurden soziale und ökologische Anforderungen an Ernährung und Ernährungspolitik in Deutschland medial thematisiert? In diesem Kapitel beantworten wir die in Kapitel 2.1 aufgeworfenen Forschungsfragen für den Zeitraum zwischen dem (Vor-)Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 (ab März 2021) und dem Sich-Abzeichnen der Folgen des Ukraine-Kriegs für Ernährung (Juni 2022). Für den Untersuchungszeitraum konnten wir vier Phasen identifizieren, in denen sich die dominanten diagnostischen und/oder prognostischen Rahmungen unterscheiden.

3.1 Phase I (03-08/2021) – Der (Vor-)Bundestagswahlkampf

Für die erste Diskursphase wurden 10 der insgesamt 46 Beiträge ausgewertet, die sich leicht mehrheitlich in eher linksliberalen Medien fanden (4 Deutschlandfunk, 1 Tagesschau, 1 TAZ). Allerdings entstammten auch vier Beiträge eher bürgerlich-konservativeren Medien (3 ZDF, 1 RTL aktuell).

3.1.1 Diagnostisches Framing

Problembeschreibung

Die Problembeschreibungen zum Thema ‚nachhaltige Ernährung‘ in dieser ersten Diskursphase sind divers. Dabei wird bereits die **Vielfalt der sozialen und ökologischen Anforderungen** (s.u.), die an Ernährung gestellt werden, und ihre möglichen Widersprüche zueinander als eigenständiges Problem ausgemacht:

„Lecker, billig und nachhaltig: Alles gleichzeitig geht nicht.“⁸

Hinsichtlich der einzelnen Dimensionen werden spezifisch die **Umweltwirkungen** unterschiedlicher Lebensmittel und ihre negativen Effekte für Klimaschutz, Biodiversität, Wasserverbrauch und -qualität, Bodenfruchtbarkeit etc. als problematisch identifiziert.⁹ Diese seien beispielsweise bei Milchprodukten und milchbasierten Lebensmitteln aus zwei Gründen vergleichsweise hoch. Zum einen erfordere ihre Produktion mehr *Input*, also (zu importierende) Futtermittel, Flächenverbrauch, Wasser- und Energiebedarf, Antibiotikaeinsatz etc. Zum anderen müsse mit dem *Output* der Produktion (Gülle) umgegangen werden, was zu einer höheren Nitratbelastung des Grundwassers führe.¹⁰ An dieser Stelle zeige sich das „Dilemma“ des typischen Ernährungsstils in Deutschland, der mit knapp 60 Kilogramm Fleisch pro Jahr und Kopf stark auf Massentierhaltung mit den bekannten negativen ökologischen Folgen und ethischen Tierwohlproblemen beruhe.¹¹

Ebenfalls werden **negative Gesundheitseffekte** einer nicht-nachhaltigen Ernährung adressiert.¹² So wird thematisiert, dass Verbraucher*innen in Deutschland sich bei zu wenig Bewegung zu

⁸ ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt.

⁹ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt; WWF zur Zukunft der Ernährung; Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft; ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt; ZDF (14.06.2021): Öko-Schweinefleisch statt konventionell; Deutschlandfunk (08.07.2021): Lebensmittelpreise: Wenn das Essen zu teuer wird.

¹⁰ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

¹¹ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

¹² *Fehlernährung* stellt sich in industrialisierten Ländern wie Deutschland weniger als eine Form von Unterernährung dar, sondern als ein Problem von Überernährung. Gleichzeitig werden viele der sogenannten Zivilisationskrankheiten inklusive Stoffwechsel- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen,

kalorienreich ernährten. Insbesondere Kinder zwischen drei und 13 Jahren würden durch Werbung auf ungesunde, nicht-nachhaltige Ernährungsmuster geprägt:

„15 Werbeanzeigen für ungesunde Lebensmittel sieht ein Kind pro Tag in Fernsehen und Internet.“¹³

Hierdurch würden wiederum **Diabetes und Übergewicht** begünstigt. In diesem Zusammenhang taucht auch die Kritik auf, dass die Wirkung des Nutri-Score¹⁴ als Informationsmechanismus noch nicht ausreichend sei.¹⁵

Auch auf die andere Seite möglicher Fehlernährung, den sogenannten **verdeckten Hunger**, wird eingegangen. Diese Form des Hungers – die längerfristige Mangelernährung (vgl. Biesalski 2013) – betrifft in der medialen Darstellung unterschiedliche Konsument*innengruppen: Die Versorgung mit Vitaminen und Ballaststoffen sei bei einer pflanzenbasierten Ernährungsweise im Durchschnitt besser; hier müsse allerdings oftmals ein Mangel an Kalzium und Zink ausgeglichen werden.¹⁶ Vegane Ersatzprodukte für Fleisch oder Milch seien häufig sehr hoch verarbeitete Industrieprodukte, wobei die „große Trennlinie“ der Produktqualität zwischen konventionell und ökologisch erzeugten Fleisch- und Wurсталternativen verlaufe.¹⁷ Hierdurch wird implizit wieder der Zusammenhang zwischen unterschiedlichen Preiskategorien von Lebensmitteln und dem Zugang zu einer gesunden Ernährung hergestellt.

Dezidiert wird diese Verbindung im folgenden Zitat abgebildet:

„Preiswerte und schmackhafte Lebensmittel und Getränke mit hohem Energiegehalt seien nahezu überall verfügbar, ob zu Hause oder unterwegs.“¹⁸

Dies würde es vielen Verbraucher*innen erschweren, normalgewichtig zu bleiben (insbesondere, da ‚Geschmack‘ von Konsument*innen als die wesentlichste Anforderung an Lebensmittel formuliert wird; s.u.). So wird armutsbedingte Überversorgung mit Kalorien bei gleichzeitiger Mangelernährung

Bluthochdruck aber auch Krebs durch eine zu energiereiche, fett-, zucker- und fleischlastige Ernährungsweise befördert. Dies wiederum *belastet das Gesundheitssystem*: Eine Studie aus dem Jahr 2015 ergab, dass die Ernährung mit zu viel Zucker, Salz und gesättigten Fetten zu jährlichen Kosten von knapp 17 Milliarden Euro für das deutsche Gesundheitssystem führt (Meier et al. 2015).

Im Gegensatz dazu zielt *präventive Ernährung* darauf ab, das allgemeine Wohlbefinden und die Leistungsfähigkeit zu befördern und Krankheiten zu vermeiden. Hierzu wird eine pflanzenbetonte Ernährungsweise mit gering verarbeiteten Lebensmitteln empfohlen. Hierdurch soll die ausreichende Versorgung mit allen essenziellen Nährstoffen erreicht werden ebenso wie eine optimale Zufuhr von Nahrungsinhaltsstoffen mit präventiver Wirkung. Denn nicht nur Unterernährung, sondern auch die angesprochene Überernährung gehen häufig mit sogenanntem *verborgenem Hunger* einher, einer Form der (chronischen) Unterversorgung mit essentiellen Mikronährstoffen (Vitaminen, Mineralien und Spurenelementen wie z.B. Vitamin A, D und E, Kalzium, Jod oder Eisen). Mikronährstoffe sind essentiell für eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung, insbesondere für Schwangere und Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahr. Verborgener Hunger kann durch eine nachhaltige, ausgewogene und vielseitige Ernährung vermieden werden.

¹³ ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes.

¹⁴ 2018 hatte die Bundesregierung eine Kennzeichnungssystem für Lebensmittel beschlossen. Nährwerte (Zucker, Fett, Salz) werden über eine fünfstufige Farb- und Buchstabenskala symbolisiert und sollen Konsument*innen einen leichteren Überblick über die Gesundheitsförderlichkeit von Produkten geben.

¹⁵ RTL (22.04.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder.

¹⁶ Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft.

¹⁷ Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft.

¹⁸ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

(**Ernährungsarmut**)¹⁹ als Problem identifiziert, da die Hartz-IV-Sätze zur Finanzierung einer ausgewogenen Ernährung nicht ausreichen (insbesondere nicht für Kinder und Jugendliche sowie Personen in Paarhaushalten; s.u.).²⁰

Ebenfalls wird problematisiert, dass der Lebensmittelhandel nur einen geringen Spielraum habe, um gestiegene Einkaufspreise (in Folge von Klimaveränderungen, Corona-Bedingungen oder steigenden Energie-/Rohölpreisen) *nicht* als **erhöhte Verkaufspreise** an die Endverbraucher*innen weiterzugeben.²¹ Zwischen Mai 2020 und April 2021 seien die Lebensmittelpreise im Schnitt um 25 Prozent gestiegen, so stark wie seit zehn Jahren nicht mehr. Dabei würden Konsument*innen in Industrieländern noch relativ geringe Belastung durch steigende Lebensmittelpreise erfahren, da die Menschen hier nur zwischen ca. 15 und 30 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel aufwenden (in Deutschland sogar nur gut 10 Prozent), in Schwellen- und Entwicklungsländern hingegen zwischen 60 und 100 Prozent²². Zugleich greifen Medien das Argument auf, dass die Ernährungsumstellung von einem „durchschnittlichen deutschen Ernährungsstil“ mit knapp 60 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr hin zu einem Ernährungsstil mit mehr biologisch erzeugten, pflanzlichen Produkten und weniger Fleisch lediglich 80 Euro mehr pro Jahr kosten würde.²³ Hier wird hinsichtlich der Frage des (finanziell determinierten) Zugangs zu einer nachhaltigen Ernährung also eher mangelnde **Zahlungswilligkeit** vieler Konsument*innen angedeutet denn mangelnde Zahlungsfähigkeit bzw. **Erschwinglichkeit**.

Neben den funktionalen Zusammenhängen wird in den untersuchten Beiträgen dieser Diskursphase allerdings auch das fehlende politische Engagement zur Lösung mangelnder Erschwinglichkeit bei ärmeren Bevölkerungsgruppen, insbesondere Transfergeldbezieher*innen, problematisiert. Da die Bundesregierung (Große Koalition) keinen Überprüfungsbedarf für Hartz-IV-Regelsätze sehe, sei – so die TAZ – die Ermöglichung gesunder Ernährung offenbar „gar nicht das Ziel“²⁴ des Regierungshandelns. Auch der Grünen-Sozialpolitiker Sven Lehmann wird als Kritiker dieses Befunds zitiert („ungeheuerlich“).

Anforderungen an Ernährung(spolitik)

Die Anforderungen an Ernährung und an Ernährungspolitik, die während dieser Phase in den Beiträgen reflektiert werden, beziehen sich sowohl auf die ökologische als auch soziale Dimension rund um die Gestaltung angemessener Ernährungsumgebungen.²⁵ In **ökologischer Hinsicht** geht es um die Wahl **saisonaler, regional** erzeugter Produkte und von **Bio-Lebensmitteln**, einschließlich tierischer Bioprodukte, aber auch um die **Reduktion tierischer Lebensmittel** aus Klimaschutz- und

¹⁹ Materielle Ernährungsarmut bezeichnet „eine qualitativ oder quantitativ unzureichende Deckung des Nahrungsmittelbedarfs, die aus einem Mangel an Mitteln zum Erwerb von Nahrungsmitteln oder aus einem Mangel an Nahrungsmitteln selbst resultiert“ (Feichtinger 1996, in: Lewalter/Beermann 2021: 2). Sie geht häufig mit verminderten soziokulturellen Teilhabemöglichkeiten und negativen gesundheitlichen Konsequenzen einher.

²⁰ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

²¹ Deutschlandfunk (08.07.2021): Lebensmittelpreise: Wenn das Essen zu teuer wird.

²² Deutschlandfunk (08.07.2021): Lebensmittelpreise: Wenn das Essen zu teuer wird.

²³ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

²⁴ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

²⁵ Unter Ernährungsumgebung werden Faktoren in der Umgebung und Umwelt verstanden, die das Ernährungsverhalten beeinflussen, von der Exposition über den Zugang und die Auswahl bis hin zum eigentlichen Konsum (vgl. WBAE 2020, siehe auch siehe auch Martínez et al. 2019).

anderen Umweltgründen.²⁶ Dabei wird auch diskutiert, dass „Regional (...) nicht gleich Bio“ ist.²⁷ Nicht zuletzt benennen Medienbeiträge **Tierwohl** als Anforderung von Verbraucher*innen.²⁸

In Bezug auf **soziale Anforderungen** wird, erstens, die Maßgabe diskutiert, **positive Gesundheitseffekte** für Konsument*innen zu erzielen, u.a. durch die Reduktion des Zucker-, Fett- und Salzgehalts von Lebensmitteln.²⁹ Zweitens wird unter Bezugnahme auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik und Ernährung (WBAE), das im Juni 2020 für das Bundeslandwirtschaftsministerium erstellt worden war (WBAE 2020), argumentiert, dass Politik verbindliche Zusagen hinsichtlich des Zugangs zu einer gesunden Ernährung auch für einkommensschwache Gruppen machen müsse.³⁰ Die Anforderung ‚**Erschwinglichkeit**‘ wird, so ein Ergebnis des „Ernährungsreports“ des Instituts Forsa, dabei bei Befragten zwischen 24 und 29 Jahre als besonders relevant eingeschätzt.³¹ Dabei standen für die Gesamtheit der Befragten (96 Prozent) Genuss und Geschmack an oberster Stelle der Kriterien, die über den Kauf von Lebensmitteln entscheiden („Ich kaufe, was mir schmeckt“).³² Eine Soziologieprofessorin wird mit Blick auf Ernährungsarmut zitiert, dass Ernährung kein Luxusthema sein dürfe:

„Dass wir sagen, hier muss keine oder keiner verhungern, kann in einem Land wie Deutschland nicht der Maßstab sein.“ (Soziologieprofessorin)³³

Konflikte und Synergien zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen

In der ersten von uns untersuchten Phase werden zum einen **Spannungen innerhalb der sozialen Dimension** angesprochen. So werden beispielsweise Genuss und Gewöhnung der Konsument*innen den gesundheitlichen Aspekten einer pflanzenbasierten Ernährung gegenübergestellt – aber auch ihren **(tier-)ethischen** und damit **ökologischen Aspekten**:

„Vegane Ernährung liegt im Trend, wird vermutlich aber nicht so bald zum Mainstream-Lebensstil. (...) Die meisten Veganer verzichten nicht nur aus ethischen Gründen auf tierische Produkte, die rein pflanzliche Ernährung steht auch in dem Ruf, besonders gesund zu sein.“³⁴

Eine weitere Spannung wird in einem Beitrag skizziert, der die Tierhaltung nach ökologischen Standards als möglichen Ausweg aus ethischen und Umweltproblemen konventioneller Tierhaltung

²⁶ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt; Deutschlandfunk (07.04.2021): WWF zur Zukunft der Ernährung; Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft; ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt; ZDF (14.06.2021): Öko-Schweinefleisch statt konventionell.

²⁷ „Regional ist aber nicht gleich Bio. Eine Kartoffel, die auf dem Acker neben der Stadt gewachsen ist, hat immer den Vorteil, dass sie keine weiten Wege zurücklegen musste, bis sie gekocht auf den Teller kommt. Das spart Abgase und ist gut fürs Klima. Ob ihre Produktionsweise aber auch gut für die Umwelt ist, hängt von der Art des Anbaus ab, also vom Einsatz der Pestizide und chemischer Düngemittel“, siehe Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

²⁸ ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt.

²⁹ ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes; TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen; RTL (22.4.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder. Vgl. hierzu auch die sog. *Planetary Health Diet* der EAT-Lancet-Kommission. Die Umsetzung dieser Ernährungsempfehlung soll sowohl planetare/ökologische als auch menschliche Gesundheit befördern (Willett et al. 2019).

³⁰ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

³¹ ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt.

³² ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt.

³³ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

³⁴ Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft.

betrachtet. Er verweist darauf, dass – sofern der **Flächenanteil** des Ackerlands für Fleischerzeugung (am Beispiel Schweinefleisch) nicht erhöht werden soll, die Produktion (nach EU-Biostandard) grob eine Halbierung des Konsums von Schweinefleisch in Deutschland erfordern würde, von momentan ca. 33 Kilogramm pro Jahr auf etwa 17,5 Kilogramm pro Jahr.³⁵ Die stärkere Berücksichtigung ökologischer und tierethischer Aspekte würde demnach **Einschränkungen beim Fleischkonsum** auf Seiten von Konsument*innen erfordern.

In den ausgewerteten Artikeln wurden als wesentliche **Synergien** zwischen Umwelt- und sozialen Anforderungen bei der Ernährung der gesundheitliche Nutzen von Bio-Produkten und pflanzenbasierter Ernährung thematisiert.³⁶ Eine stärker pflanzenbasierte Ernährung wird auch als förderlich für das Tierwohl – als ethisches Anliegen – dargestellt.³⁷

3.1.2 Prognostisches Framing

Lösungsvorschläge

Für die oben skizzierten Problemlagen werden die folgenden Lösungsvorschläge diskutiert, **um Ernährung nachhaltiger zu gestalten**: Umweltbelastung sei zu reduzieren, indem **regionale, saisonale und ökologisch produzierte Produkte** vorzuziehen seien. Dabei wird klargestellt: „Regional ist aber nicht gleich bio“.³⁸ Entsprechend werden auch Produktionsweisen ohne Pestizide und chemische Düngemittel als relevante Maßnahmen benannt. Zertifizierte Bio-Produkte hätten höhere positive Gesundheitseffekte für Mensch und (Nutz-)Tier. Außerdem seien ein hoher Anteil an pflanzlich basierten Lebensmitteln, bedarfsgerechter Einkauf und weniger Entsorgung von Lebensmitteln wichtig.³⁹ In Kantinen sollten vegane und vegetarische Gerichte besser beworben werden.⁴⁰

Hinsichtlich der sozialen Anforderungen an Ernährung wird unter Berufung auf das Positivbeispiel Großbritanniens („Limo-Steuer“) aus **Gesundheitsgründen** die Einführung von **Steuern** erwähnt, um den Zuckergehalt in Getränken zu mindern.⁴¹

Die Verbraucherschutzorganisation Foodwatch, Kinderärzte, die Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK) und Krankenkassen werden mit der Forderung nach einem **Verbot** der auf Kinder zugeschnittenen **Werbung** für ungesunde Lebensmittel zitiert, beispielsweise für stark zuckerhaltige Snacks:⁴²

„Wir müssen endlich die Ursachen angehen für Übergewicht bei Kindern – und Werbung ist dabei ein wichtiger Faktor“ (Vorsitzende des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte).⁴³

³⁵ ZDF (14.06.2021): Öko-Schweinefleisch statt konventionell.

³⁶ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt; Deutschlandfunk (07.04.2021): WWF zur Zukunft der Ernährung; Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft.

³⁷ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

³⁸ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

³⁹ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

⁴⁰ Deutschlandfunk (07.04.2021): WWF zur Zukunft der Ernährung.

⁴¹ RTL (22.4.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder.

⁴² ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes.

⁴³ ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes.

Dies wird vom Verband der deutschen Lebensmittelwirtschaft allerdings kritisiert:

„Übergewicht und Krankheiten würden durch zahlreiche Faktoren beeinflusst. Die Fokussierung auf den Konsum bestimmter einzelner Lebensmittel sei ‚nicht zielführend‘, erklärte der Lebensmittelverband Deutschland in Berlin. In einer ‚ausgewogenen Ernährung‘ fänden auch diese ihren Platz. Zudem gebe es schon strenge gesetzliche Vorgaben für Werbung für Kinder. Ein Verbot mache Menschen nicht schlank.“⁴⁴

Mit Blick auf die Gestaltung von Ernährungsumgebungen fordern Verbraucherschützer außerdem **mehr Informationen** auf Etiketten der Lebensmittelverpackungen;⁴⁵ Bio-Siegel unterstützten die Entscheidungsfindung beim Kauf.⁴⁶

In Bezug auf die Frage eines erschwinglichen Zugangs zu gesunder Ernährung werden außerdem **sozialpolitische Maßnahmen** ins Spiel gebracht. So werden in der TAZ neue Berechnungsgrundlagen und -methoden der Regelbedarfsermittlung für Harz IV und verbindliche Zusagen der Bundesregierung als relevante Lösungen benannt.⁴⁷

Akteursrollen und Konfliktlinien zwischen Akteuren

In Bezug auf die skizzierten gesundheitszentrierten soziale Problemlagen werden **Kinder und einkommensschwache Verbraucher*innen als vulnerable Gruppen** benannt:

„Die Industrie vermarkte ungesunde Lebensmittel mit Comic-Figuren auf Süßwaren-Verpackungen, mit Werbespots im Fernsehen und mit Social-Media-Stars auf Youtube oder Instagram direkt an Millionen von jungen Fans. Damit torpediere sie die Bemühungen vieler Eltern, ihren Kindern eine gesunde Ernährung beizubringen.“⁴⁸ (Zitierung der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch)

Und:

*„gesunde Ernährung [ist] für Hartz-IV-Bezieher*innen nicht zu bezahlen.“⁴⁹*

Ein Artikel hebt hervor, dass speziell Kinder und Jugendliche sowie Menschen in Paarhaushalten auch von **Ernährungsarmut** bedroht seien, da die Höhe ihres Ausgabenpostens für Lebensmittel und Getränke bei Hartz IV noch niedriger liege als die rund 5,09 Euro, die für Alleinstehende vorgesehen seien.⁵⁰

Sowohl in Bezug auf eine erschwingliche nachhaltige Ernährung als auch eine faire Ernährungsumgebung wird die **Politik** in die Verantwortung genommen:

„Die Politik müsse an den Stellschrauben drehen, ‚damit wir wirklich in Zukunft, wenn wir essen oder einkaufen gehen, mit der einfachen Wahl auch die gesunde und nachhaltige Wahl zur Verfügung haben.“⁵¹

⁴⁴ ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes.

⁴⁵ ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt.

⁴⁶ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

⁴⁷ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

⁴⁸ RTL (22.4.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder.

⁴⁹ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

⁵⁰ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

⁵¹ Deutschlandfunk (07.04.2021): WWF zur Zukunft der Ernährung.

Da freiwillige Selbstregulierung der Industrie zur Abschaffung ungünstiger Nährstoffzusammenstellungen nicht weiterhelfe und der Nutri-Score wenig effektiv sei, sei die Politik auch verantwortlich für einen angemessenen Gesundheitsschutz:

„Die Lebensmittelindustrie trägt eine Mitverantwortung an der globalen Adipositas-Epidemie“, erklärte Oliver Huizinga, Leiter Recherche und Kampagnen bei Foodwatch. Julia Klöckner müsse die Branche mit verbindlichen Maßnahmen in die Pflicht nehmen, anstatt nur höflich um ein paar Gramm weniger Zucker in Fertigprodukten zu bitten, so Foodwatch. Die Zuckerlobby sei nicht Teil der Lösung, sondern Kern des Problems, heißt es weiter. „Die Strategie der Ministerin ist ein Irrweg: Programme zur Tabak-Prävention entwickelt man auch nicht gemeinsam mit Philip Morris“, so Huizinga.“⁵²

Hier thematisieren die Medien eine **Konfliktlinie** zwischen Akteuren: Zivilgesellschaftliche Organisationen werden mit ihrer Kritik an einer mangelnden Distanz der Politik zur Wirtschaft bzw. einem geringen Regulierungswillen zitiert, und einem geringen Vertrauen in die Lebensmittelindustrie, auf freiwilliger Basis zur Transformation des Ernährungssystems beizutragen.

Schließlich könne der **Bund** ein Verbot von Werbung für stark zuckerhaltige und andere ungesunde Lebensmittel verhängen, die sich an Kinder richtet.⁵³ Die **EU** wird im Zusammenhang mit einem Verbot von Zuckerzusätzen in Beikost (sog. „Quetschies“, Fruchtputees, die direkt aus Plastikbeuteln verzehrt werden) ins Gespräch gebracht⁵⁴.

Zuständig für die Bekämpfung von Ernährungsarmut wiederum sei – mittels Überprüfung und Reform der Regelbedarfsätze für Hartz IV – die Bundesregierung. Aktuell fehle jedoch die Abstimmung und Kooperation zwischen den Bundesministerien hierzu.⁵⁵

Zur Minderung der ökologischen Problematiken, die mit Ernährung bzw. der konventionellen Produktion von Lebensmitteln verbunden sind, spricht der Mediendiskurs immer wieder auch die **Konsument*innen** an:

„Letztendlich entscheiden die Konsumenten und Kundinnen, was ihnen die Nahrungsmittel und die Natur wert sind.“⁵⁶

Dabei hätten Konsument*innen auch im Kontext der Pandemie ein stärkeres Bewusstsein über den Zusammenhang menschlichen Handelns und der Natur gewonnen:

„dass die Menschen sich mehr und mehr (...) in die Natur reindrängeln (...)“⁵⁷

Auch bei der Senkung des Konsums tierischer Produkte komme es auf Verbraucher*innen an. Dabei sollten diese selbst herausfinden, wo es ihnen leichtfalle, auf Fleisch zu verzichten:

„[...] insgesamt geht es eben darum, sich auf den Weg zu machen und Alternativen zu probieren.“⁵⁸

⁵² RTL (22.4.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder.

⁵³ ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes.

⁵⁴ RTL (22.4.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder.

⁵⁵ TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

⁵⁶ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

⁵⁷ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

⁵⁸ Deutschlandfunk (07.04.2021): WWF zur Zukunft der Ernährung.

Der mediale Diskurs reflektiert auch die Sicht der **Wirtschaft**, nach der unterschiedliche Vertriebsformen einen Beitrag zur Umstellung der Ernährung leisten können. So wird die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie mit Zahlen zitiert, dass die Belieferung von Verbrauchern mit Gemüse- und Obstkisten, die sehr häufig von Biobauern aus der Umgebung befüllt werden, 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent gestiegen sei.⁵⁹ Andererseits werden die Potentiale einer industrieweiten Entwicklung erwähnt: Man brauche auch die „Big Player“⁶⁰ – also die Discounter –, um eine nachhaltige Ernährung für möglichst viele Konsument*innen zu ermöglichen.

3.2 Phase II (09-11/2021) – Bildung der neuen Regierung (Kabinett Scholz)

Für die zweite Diskursphase wurden lediglich fünf (von 46) Beiträge ausgewertet, davon zwei aus dem Spiegel und je einer von Bild, ZDF und RTL aktuell.

3.2.1 Diagnostisches Framing

Problembeschreibung

In der zweiten Diskursphase beschreiben die untersuchten Artikel weiterhin die **Preisentwicklung** rund um Lebensmittelproduktion als **Problem**. Höhere Preise werden auf eine komplexe Gemengelage von Faktoren zurückgeführt: steigende Erdgas- und damit Düngemittelkosten, gestörte Lieferketten und Arbeitskräftemangel aufgrund der Corona-Pandemie, Transportengpässe, knappe Frachtkapazitäten, aber auch häufigere Dürren und Missernten.⁶¹

Auch der **Zugang zu gesunder Ernährung** wird in dieser Phase thematisiert: Vor dem Hintergrund eines Preisanstiegs für Lebensmittel um 4,6 Prozent im Jahresvergleich wird der Sozialverband VdK mit der Sorge zitiert, Obst und Gemüse würden für Geringverdienende und Bezieher von Sozialleistungen „endgültig zum Luxusgut“.⁶²

Schließlich wird **intensive Tierhaltung** in der Landwirtschaft sowohl als tierethisches Problem identifiziert,⁶³ als auch (mit Blick auf Milchkühe, Mastbullen) mit ökologischen Problemen wie Klimawandel in Zusammenhang gesetzt: Klimaziele könnten nicht erreicht werden, wenn Tierbestände nicht reduziert würden, wird die grüne Europaabgeordnete Jutta Paulus in einem anderen Beitrag zitiert.⁶⁴ Der Artikel reflektiert die Problemsicht, dass die **Themen** (intensive) **Landwirtschaft und Umwelt-/Klimaschutz** bislang unzureichend verknüpft seien, mithin eine systemische Perspektive auf Problemursachen und -bekämpfung fehle.⁶⁵ Die TAZ präsentiert die Position von Greenpeace, die das Fehlen „wahrer Preise“ als Treiber eines zu hohen Verbrauchs tierischer Produkte ansehen. Hierzu trage der ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf diese Produkte ebenso bei wie preisdrückende Marktkonzentrationen im Lebensmitteleinzelhandel.⁶⁶

⁵⁹ Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

⁶⁰ Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft.

⁶¹ DER SPIEGEL (27.10.2021): Düngemittelpreise auf Rekordhoch; DER SPIEGEL (04.11.2021): Warnung der Vereinten Nationen.

⁶² RTL (24.09.2021): Obst und Gemüse werden zum Luxusgut.

⁶³ ZDF (04.10.2021): Welttierschutztag.

⁶⁴ Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel. Ähnlich TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen - Höhere Steuern auf Fleisch?

⁶⁵ Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

⁶⁶ TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen - Höhere Steuern auf Fleisch?

Anforderungen an Ernährung(spolitik)

Aus der medialen Diskussion der Ursachen höherer Lebensmittelpreise kann abgeleitet werden, dass **Preisstabilität** als wichtige Anforderung im Kontext von Ernährung und Ernährungspolitik gesehen wird, und damit auch die **Erschwinglichkeit** von Nahrungsmitteln. Diese Anforderung wird für Landwirt*innen und Konsument*innen in Deutschland, aber auch in Schwellen- und Entwicklungsländern skizziert.⁶⁷ Insbesondere wird auch die **Erschwinglichkeit gesunder, pflanzlicher Nahrungsmittel** als Anforderung formuliert. Damit taucht auch der Aspekt der „Zugänglichkeit zu einer nachhaltigen Ernährung“ auf, wenn auch noch eher als Randnotiz. Auch eine (in Produktion und Konsum) **ökologisch verträglichere Ernährung** wird gefordert. Hierzu sollte Ernährungspolitik, so lässt sich aus den Beiträgen ableiten, **integriert gestaltet** sein, also Landwirtschaft, Umweltschutz und Konsumentenorientierung verbinden. Schließlich wird die Verbesserung der Lebensbedingungen von Nutztieren gefordert (**Tierwohl**), da es hierüber zwar „einen gesellschaftlichen Konsens“ gebe, sich allerdings „für die Tiere bisher kaum etwas geändert“ habe⁶⁸.

In internationalem Kontext wird der „regelmäßige Zugang zu ausreichender Ernährung“⁶⁹ (**Ernährungssicherheit**) als zentrale Anforderung an das (globale) Ernährungssystem formuliert, verbunden mit der Anforderung der **Resilienz** von Lieferketten. Dabei geht es aber nicht (primär) um eine bestimmte Qualität der Ernährung, im Unterschied zum Aspekt „Zugänglichkeit zu einer nachhaltigen Ernährung“.

Konflikte und Synergien zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen

Die Artikel, die in dieser recht kurzen Diskursphase von uns ausgewertet wurden, sprechen Konflikte und Synergien zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen kaum an. Ein möglicher Konflikt, der sich auf die **globale Dimension** des Ernährungssystems bezieht, wird thematisiert: Handelspolitik und weltwirtschaftliche Verflechtungen werden als mögliche Hemmnisse geschildert, um zu einer Minderung von Umweltwirkungen zu kommen, wenn Tierbestände in Deutschland verkleinert werden. So wird auf die Gefahr einer einfachen Verlagerung der Produktion tierischer Lebensmittel verwiesen. Ein Agrarökonom wird mit der Position zitiert, dass es „nicht sinnvoll“ sei, „die **klimatisch** relativ günstige deutsche Milchviehhaltung etwa durch eine Milchviehhaltung in Brasilien zu ersetzen“⁷⁰.

3.2.2 Prognostisches Framing

Lösungsvorschläge

Um Ernährung nachhaltiger zu gestalten und den Ausstoß des Klimagases Methan drastisch zu reduzieren, thematisiert ein Beitrag „**veränderte Ernährungsgewohnheiten**“, insbesondere eine stärker **pflanzenbasierte Ernährung**.⁷¹ Damit Klimaschutz dabei nicht nur die heimische Tierhaltung belastet, während weiterhin günstige tierische Produkte aus anderen Weltregionen importiert werden, wird der Vorschlag eines Ökonomen zur Einführung einer **Grenzsteuer**

⁶⁷ DER SPIEGEL (27.10.2021): Düngemittelpreise auf Rekordhoch; DER SPIEGEL (04.11.2021): Warnung der Vereinten Nationen.

⁶⁸ ZDF (04.10.2021): Welttierschutztag.

⁶⁹ DER SPIEGEL (27.10.2021): Düngemittelpreise auf Rekordhoch.

⁷⁰ Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

⁷¹ Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

aufgegriffen. Sie solle den Import klimaschädlich erzeugter Lebensmittel verteuern und die heimische Produktion konkurrenzfähig halten.⁷²

Vorschläge der Deutschen Diabetes Gesellschaft (DDG) und der Deutschen Allianz Nichtübertragbarer Krankheiten (DANK) wiederum werden zitiert, um gesunde Ernährung erschwinglich zu machen. Die Verbände fordern eine **Mehrwertsteuerbefreiung für gesunde Lebensmittel** und eine Steuererhöhung auf 29 % für stark gezuckerte Getränke, um Ernährungsarmut zu begegnen und den „Zugang zu frischem Obst und Gemüse so finanziell [zu] erleichter[n]“⁷³.

Akteursrollen und Konfliktlinien zwischen Akteuren

Landwirt*innen und Verbraucher*innen in Deutschland und weltweit werden als Akteure benannt, die von den oben skizzierten Herausforderungen und Schwierigkeiten negativ betroffen sind.⁷⁴ Dabei wird auch durchaus differenziert, dass nicht von vornherein ausgemacht sei, inwiefern „die Händler die höheren Großhandelspreise an die Endverbraucher weitergeben“⁷⁵.

Für die Umsetzung einer ökologisch verträglicheren Praxis werden sowohl politische Akteure (**EU-Agrarminister**), Landwirt*innen und Konsument*innen in die Verantwortung genommen. Zitiert werden Forderungen, wonach zum Schutz des Klimas „die EU-Staaten ihre Landwirtschaft grundlegend umstellen [müssten] – und die Verbraucher ihre Ernährung“⁷⁶, und auch ein „Bewusstseinswandel“ für weniger Konsum von Fleisch und Milch „politisch unterstützt werden“ müsse⁷⁷.

Innerhalb der Gruppe der Konsument*innen skizziert ein Beitrag aber auch eine starke **Konfliktlinie**: So werden die Befürworter*innen einer vegetarischen und veganen Ernährungsweise als Vertreter*innen einer „abgehobenen Elite“ dargestellt. Unter Verweis auf eine vermeintliche Gesundheitsgefährdung und Missachtung des globalen Hungerproblems (ohne diesen Zusammenhang zu erläutern) wird einer pflanzenbasierten Ernährungsweise die Legitimität abgesprochen. Verbunden wird diese Argumentation mit einer zugespitzten ‚Naturalisierung‘ des gesellschaftlich umstrittenen Themas ‚(nachhaltige) Ernährung‘:

„Wer sich selbst bewusst und künstlich aus dem natürlichen Kreislauf der Nahrungskette nimmt, macht sich nicht nur lächerlich – sondern praktiziert auch kultische Mangelernährung und nutzt oft schädliche Ersatzstoffe [...] Ein Drittel der Menschheit frisst Dreck oder hungert, und wir picken uns Physalis als Vitamin-C-Shot heraus oder genießen ungesättigte Fettsäuren und das Kalium neuseeländischer Avocados.“⁷⁸

Diese Konfliktlinie zwischen den Befürworter*innen unterschiedlicher Ernährungsgewohnheiten verschärft sich in der dritten Diskursphase.

3.3 Phase III (12/2021-02/2022) – Interview Özdemirs

In der dritten Diskursphase wurden – trotz der zeitlich kurzen Phase – mit 16 von 46 Beiträgen die meisten thematisch relevanten Artikel in den ausgewählten Medien veröffentlicht. Während

⁷² Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

⁷³ RTL (24.09.2021): Obst und Gemüse werden zum Luxusgut.

⁷⁴ DER SPIEGEL (27.10.2021): Düngemittelpreise auf Rekordhoch.

⁷⁵ DER SPIEGEL (04.11.2021): Warnung der Vereinten Nationen.

⁷⁶ Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

⁷⁷ Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

⁷⁸ BILD (20.10.2021): Elitäre Wohlstands-Mäkelei.

gegenüber der ersten Diskursphase die absolute Anzahl von Beiträgen in bürgerlich-konservativen Medien gestiegen ist (2 Bild, 4 RTL aktuell, 2 ZDF), sind Beiträge aus linksliberalen Medien weiterhin leicht in Überzahl (1 Spiegel, 2 tagesschau.de, 6 TAZ; ohne klare Zuordenbarkeit: 1 t-online).

3.3.1 Diagnostisches Framing

Problembeschreibung

Die dritte Diskursphase ist zentral geprägt durch einen Vorstoß des neuen Bundesministers für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen), rund zwei Wochen nach seinem Amtsantritt am 8.12.2021. In einem Interview für die „Bild am Sonntag“⁷⁹ benennt er die **aktuelle Preisgestaltung** von Lebensmitteln als die **Hauptursache für nicht-nachhaltige Ernährungspraktiken** mit negativen Folgen für Mensch, Tier und die Allgemeinheit (v.a. durch die Zerstörung öffentlicher Umweltgüter). Seine Problemdiagnose:

„Es darf keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr geben, sie treiben Bauernhöfe in den Ruin, verhindern mehr Tierwohl, befördern das Artensterben und belasten das Klima.“⁸⁰

Die Ausgestaltung der Produktionssysteme und die weit verbreiteten modernen Ernährungsgewohnheiten stünden in einem Konflikt mit den Zielen verbesserter Gesundheit, gesteigerter Wertschätzung für Lebensmittel und einer Preisgestaltung, die die tatsächlichen Kosten (also inklusive ökologischer und gesundheitlicher Belastungen) realistisch abbildet. In seiner Bestandaufnahme dieser vielschichtigen Problemlage skizziert Özdemir:

„Deutschland ernährt sich insgesamt zu ungesund. Der Grund dafür sind zu viel Zucker, Fett und Salz, vor allem in Fertigprodukten. Die Politik hat zu lange versucht, die Industrie mit freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Reduktion dieser Inhaltsstoffe zu bewegen. Damit ist jetzt Schluss. [...] Es darf keine Ramschpreise für Lebensmittel mehr geben, sie treiben Bauernhöfe in den Ruin, verhindern mehr Tierwohl, befördern das Artensterben und belasten das Klima.“⁸¹

An anderer Stelle fasst der Minister zusammen: „Das bisherige System produziert nur Verlierer.“⁸² „Ramschpreise an der Theke“ hatte zwar auch schon Özdemirs Amtsvorgängerin Julia Klöckner (CDU) kritisiert.⁸³ Özdemirs Problemdiagnose allerdings ist ganzheitlicher, beispielsweise hinsichtlich der Einbeziehung ökologischer oder tierethischer Aspekte. In der Folge seiner Stellungnahme entspinnt sich eine intensive mediale Debatte über nachhaltige Ernährung und die Bedingungen einer breiten Teilhabe daran. Dabei unterstützen nicht nur Umweltorganisationen, sondern auch der Bauernverband Özdemirs Analyse, dass höhere Lebensmittel-, insbesondere Fleischpreise, nötig seien.⁸⁴

⁷⁹ Bild am Sonntag (26.12.2021): „Keine Ramschpreise mehr für Lebensmittel“.

⁸⁰ ZDF (26.12.2021): Özdemir gegen Ramschpreise für Lebensmittel.

⁸¹ ZDF (26.12.2021): Özdemir gegen Ramschpreise für Lebensmittel.

⁸² ZDF (14.01.2022): Altes System „produziert Verlierer“.

⁸³ „Fleisch ist zu billig. Ramschpreise an der Theke geben nicht den Wert wieder. Denn Tiere wurden dafür geschlachtet, das sollten wir uns immer bewusst machen. Kleine #Schlachthöfe kennt man kaum noch vor Ort, weil die Konzentration auf wenige Große zugenommen hat.“ (@JuliaKloeckner, Twitter, 20. Juni 2020) (<https://twitter.com/juliakloeckner/status/1274244924473577472>).

⁸⁴ TAZ (23.01.2022): Studie zu Kosten von Fleischkonsum; BILD (02.01.2022): Händler „machen sich die Taschen voll!“ Muss Essen wirklich teurer werden?; TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel: Eine andere Agrarpolitik.

Özdemirs Kabinettskollege Karl Lauterbach, Bundesgesundheitsminister (SPD), wird in den Medien mit einer etwas anderen **Problembeschreibung** zitiert. Er stellt den Zusammenhang zwischen Ernährungspraxis, **Gesundheit** und sozio-ökonomischem Status ins Zentrum seiner Problemdiagnose und betont damit die qualitative Dimension von **Ernährungsarmut**. Lauterbach wird mit folgenden Worten zitiert:

„Mit ‚Billigfleisch‘ ernährten sich bislang Einkommensschwache in einer Art und Weise, mit der sie viele Lebensjahre verlören. Regelmäßiger Fleischkonsum sei zum Beispiel ein wichtiger Risikofaktor für Darmkrebs. Vor allem bei sozial Schwächeren werde Darmkrebs meist spät entdeckt.“⁸⁵

In einem der untersuchten Artikel wird dieser Zusammenhang nochmals in **globaler Perspektive** thematisiert: „... jährlich sterben elf Millionen Menschen weltweit an ernährungsbedingten Krankheiten wie zu Beispiel Herzkreislauferkrankungen, Typ-2-Diabetes, Fettstoffwechselstörungen und Herzinfarkt oder Schlaganfall“⁸⁶.

Anforderungen an Ernährung(spolitik)

Die an Ernährung und an Ernährungspolitik gestellten **Anforderungen** sind in dieser Phase umfangreich. Die im Mediendiskurs aufscheinenden Anforderungen entsprechen stärker dem breiten Verständnis einer ‚nachhaltigen Ernährung‘, das durch *Umwelt- und Tierschutz, Gesundheit und Gerechtigkeit* charakterisiert ist. Zugleich wird als konfligierende Anforderung die nach *Konsumentensouveränität* aufgegriffen.

Özdemir benennt in einem Interview folgende Anforderungen an nachhaltige Ernährung:

*„Es gibt drei wichtige Ziele: ein sicheres und gutes **Einkommen** für unsere Bauern, **gesundes Essen** für uns alle sowie mehr **Tierwohl, Klima- und Umweltschutz**. ... *Win-win* für Mensch und Tier.“⁸⁷ (eigene Hervorhebungen)*

Die Interviewer der Bild am Sonntag bestätigen mit verschiedenen Nachfragen die Legitimität der Tierwohl-Anforderung,⁸⁸ konfrontieren das Minister-Plädoyer für mehr Bio- und regionale Kost aber mit der (An-)Forderung nach **Konsumentensouveränität**: „Wollen Sie den Deutschen vorschreiben, was sie essen sollen?“⁸⁹

Gesundheitsminister Lauterbach wird mit der Forderung nach einer Ernährung zitiert, „die sehr viel stärker **vegan** und **vegetarisch** ausgerichtet ist.“⁹⁰ Zur Begründung verweist er auf ernährungsbedingte Herz-Kreislaufkrankungen, „Tierquälerei“ sowie hohen CO₂- und Methanausstoß durch die industrielle Viehwirtschaft. Wie der Landwirtschaftsminister konzipiert er damit ein *Win-Win*-Szenario. Neben dem Tier-, Klima- und Gesundheitsnutzen verweist er auf **soziale Gerechtigkeit**: „Mit ‚Billigfleisch‘ ernährten sich bislang Einkommensschwache in einer Art und Weise, mit der sie viele Lebensjahre verlören. (...) Vor allem bei sozial Schwächeren werde Darmkrebs meist spät entdeckt.“⁹¹

⁸⁵ RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

⁸⁶ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet.

⁸⁷ Bild am Sonntag (26.12.2021): „Keine Ramschpreise mehr für Lebensmittel“.

⁸⁸ „Kann Fleisch bei dem Preis von glücklichen Tieren kommen?“, „Wie wollen Sie der Massentierhaltung an den Kragen?“, „Wollen Sie auch härtere Strafen für Tierquälerei?“, vgl. Bild am Sonntag (26.12.2021): „Keine Ramschpreise mehr für Lebensmittel“.

⁸⁹ Bild am Sonntag (26.12.2021): „Keine Ramschpreise mehr für Lebensmittel“.

⁹⁰ RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

⁹¹ RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

Während Stimmen aus der Landwirtschaft die Anforderung eines **auskömmlichen Einkommens** für Landwirt*innen bestätigen („damit die Bauern zumindest ihre Ausgaben decken können“⁹²), werden einige zivilgesellschaftliche Akteure mit der Forderung nach einem **Recht auf gesunde und nachhaltige Lebensmittel** zitiert. Auf dessen Basis seien faire Ernährungsumgebungen zu schaffen:

„Gesundes, nachhaltiges Essen [...] ist ein Recht für alle.“⁹³

„Gesunde und ökologisch einwandfreie Nahrung ist ein Grundrecht, das die Gemeinschaft im Zweifel ermöglichen muss.“⁹⁴

Weniger von den Regierungsakteuren als von kommentierenden Medien oder zitierten Nicht-Regierungsakteuren werden auch der **Zugang zu und die Erschwinglichkeit von gesunden, nachhaltigen Lebensmitteln** als Anforderung an Ernährung und an Ernährungspolitik formuliert:

„Wir benötigen also eine ökonomische Veränderung der Konsum- und Produktionsverhältnisse, um die dringlichen ökologischen Ziele zu erreichen, und müssen zugleich eine soziale Gerechtigkeit herstellen, die allen Menschen Zugang zu einer gesunden Ernährung ermöglicht, in Deutschland, aber auch in einem globalen Rahmen. Ökologische Fragen sind soziale Fragen sind ökonomische Fragen.“⁹⁵

„Fehlt allerdings noch ein Plan, wie das Verbraucher:innen mit wenig Geld schultern sollen.“⁹⁶

Konflikte und Synergien zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen

So werden Ende 2021 und Anfang 2022 die bekannten Herausforderungen des gegenwärtigen Ernährungssystem noch einmal verdeutlicht: die höheren **Preise** nachhaltiger und gesunder Lebensmittel gegenüber konventionellen Produkten, in die ökologische und Gesundheitskosten nicht eingepreist sind. Die **Externalisierung von Kosten**, die durch nicht-nachhaltige Lebensmittelproduktion entstehen, wird als wesentlicher Konflikttreiber benannt:

„Derzeit sind oft diejenigen Lebensmittel am billigsten, die gesamtgesellschaftlich die meisten Kosten verursachen. Nachhaltig und fair produzierte Lebensmittel sind weitaus teurer. Aber die Preise an der Kasse täuschen. Denn die nicht eingepreisten Kosten im Umwelt- und Gesundheitsbereich zahlen wir Verbraucher:innen indirekt obendrauf. Zum Beispiel, wenn es immer aufwändiger und kostspieliger wird, Nitrat aus dem Trinkwasser herauszubekommen. Oder wenn unsere Ernährungsgewohnheiten nachweislich die Klimakrise befeuern. Ernährungsmittelbedingte Krankheiten wie Diabetes, Herz-Kreislauf- und Nierenerkrankungen verursachen heute in Deutschland Kosten in Milliardenhöhe. Und sie sorgen für viel Leid.“⁹⁷

Die Alternative – eine **pflanzenbasierte Kost** – sei daher, so wird Lauterbach wiedergegeben, kein Verlust, sondern ein Vehikel für Gesundheitsförderung:

⁹² BILD (02.01.2022): Händler „machen sich die Taschen voll!“ Muss Essen wirklich teurer werden?

⁹³ TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel.

⁹⁴ TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen; siehe auch Tagesschau (15.02.2022): Markt für Bioprodukte wächst weiter.

⁹⁵ DER SPIEGEL (30.12.2021): Hummer für alle!

⁹⁶ TAZ (23.01.2022): Studie zu Kosten von Fleischkonsum.

⁹⁷ TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel.

„Im Gegenteil: Sie [die Einkommensschwachen] gewinnen.“⁹⁸

An anderer Stelle wird – unter Verweis auf wissenschaftliche Institutionen wie die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) oder auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) – formuliert, dass durch eine pflanzenbasierte Umstellung der Ernährung entsprechend einer „**Planetary Health Diet**“ „10 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 gesund ernährt werden können“.⁹⁹ Unter anderem wird Karl Lauterbach zitiert, der auf die **Synergie von Umwelt-/Klimaschutz und Gesundheit** im Rahmen einer pflanzenbasierten Ernährung hinweist.¹⁰⁰ Saisonale Kost, die den Einsatz von energieintensiven Treibhäusern und knappen Wasserressourcen im Anbau vermeide, erlaube zugleich, Kosten für Verbraucher*innen zu senken.¹⁰¹

Die Perspektive von Akteur*innen des Agrarsystems, dass (Fleisch-)Preise steigen müssten, auch wenn dies **Verbraucher*innen belastet**, wird ebenfalls thematisiert. Allerdings wird dabei das Argument der auskömmlichen **landwirtschaftlichen Einkommen** in den Vordergrund gestellt:

„... Bauernverbands-Präsident Joachim Rukwied (60) sagt: ‚Für uns Bauern ist entscheidend, dass mehr Geld auf unseren Höfen ankommt. Hierzu müssen alle beitragen, auch die Verbraucher. Das heißt klar: Fleisch muss teurer werden.‘“¹⁰²

3.3.2 Prognostisches Framing

Lösungsvorschläge

Während sich die Lösungsvorschläge in den vorigen Diskursphasen vor allem darauf bezogen, (1) Ernährung nachhaltiger zu gestalten, gesellt sich in dieser Phase eine umfangreiche Debatte darüber hinzu, (2) wie die damit verbundene Belastungen sozial flankiert werden können.

(1) Ansätze, um Ernährung nachhaltiger zu gestalten

Als zentrale Maßnahme für eine nachhaltigere Ernährung fordert Özdemir ein **Ende der „Ramschpreise“** für ungesunde und umweltschädliche Lebensmittel, die zudem Tierwohl verhinderten und landwirtschaftliche Betriebe sowie Kleinvertriebe ruinierten und plädiert für eine größere Wertschätzung nachhaltiger Produkte. Wie genau Umwelt- und Gesundheitskosten in Lebensmittelpreise **internalisiert** werden können, wird vom Landwirtschaftsminister allerdings kaum ausgeführt. Ein regulativer Vorschlag des Ministers, der in den Medien mehrfach zitiert (aber inhaltlich nicht vertieft diskutiert) wird, sind gesetzliche Vorgaben für Inhaltsstoffe in Fertiggerichten:

„Die Politik hat zu lange versucht, die Industrie mit freiwilligen Selbstverpflichtungen zur Reduktion dieser Inhaltsstoffe zu bewegen [Zucker, Fett und Salz]. Damit ist jetzt Schluss. Mit mir wird es verbindliche Reduktionsziele geben.“¹⁰³

⁹⁸ RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

⁹⁹ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet – Mit diesen Lebensmitteln retten Sie die Welt.

¹⁰⁰ RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

¹⁰¹ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet – Mit diesen Lebensmitteln retten Sie die Welt.

¹⁰² BILD (02.01.2022): Händler „machen sich die Taschen voll!“ Muss Essen wirklich teurer werden?

¹⁰³ Bild am Sonntag (26.12.2021): „Keine Ramschpreise mehr für Lebensmittel“, zitiert in RTL (30.12.2021): Höhere Lebensmittelpreise gegen Übergewicht, sowie in ZDF (26.12.2021): Özdemir gegen Ramschpreise für Lebensmittel, und Tagesschau (26.12.2021): Vorgaben für Fertigprodukte.

Die TAZ greift eine andere Idee zur Internalisierung der Umwelt- und Gesundheitskosten von Ernährung auf und diskutiert den Vorschlag von Greenpeace für eine **Mehrwertsteuererhöhung für tierische Produkte**.¹⁰⁴

Ergänzend werden in Medienbeiträgen **ordnungsrechtliche, regulative Instrumente** ins Spiel gebracht, um das Lebensmittelangebot nachhaltiger zu gestalten. Dies umfasst ein Verbot von an Kinder gerichteter **Werbung** für ungesunde Lebensmittel und gesetzliche Einschränkung von Werbung für Lebensmitteln mit hohem Gehalt an Salz, Zucker und gesättigten Fettsäuren.¹⁰⁵

Darüber hinaus werden in den untersuchten Beiträgen auch Vorschläge zur Gestaltung einer fairen Ernährungsumgebung in der **Gemeinschaftsverpflegung** vorgebracht. Hierdurch soll nachhaltige Ernährung auch für solche Konsument*innen, die aufgrund ihrer beruflichen und/oder Lebenssituation auf Außer-Haus-Verpflegung angewiesen sind, zugänglich sein. Genannt werden eine Modernisierung der Ausbildung von Köchinnen und Köchen und ein ‚Veggietag‘ in Kantinen.¹⁰⁶ Einer der Beiträge führt konkret aus, dass der Anteil vegetarischer Kost in kommunalen Krankenhäusern in Bremen als Beispiel für Umstellungen in anderen Einrichtungen dienen könne.¹⁰⁷ Insbesondere für Schulen und Kitas wird ein großer Nachholbedarf gesehen. Özdemir schlägt im Interview explizit vor,

„... die Nachfragemacht des Staates nutzen. Meine Idee wäre, die Verpflegung in öffentlichen Einrichtungen auf mehr regional und mehr bio umzustellen. Der Staat muss da Vorbild sein.“¹⁰⁸

Des Weiteren soll nachhaltige Ernährung durch die Bereitstellung von Informationen befördert werden. So wird Susanne Mittag, Agrarpolitikerin der SPD, mit der Forderung nach einem verpflichtenden **Nachhaltigkeitslabel** oder **Tierwohllabel** zitiert. Die Kennzeichnungspflicht könne Teile des Verarbeitungsprozesses tierischer Produkte wie Transport und Schlachtung umfassen. Einschränkend wird allerdings angeführt, dass „eine gute Tierhaltung“ nicht per se auch die Bereitstellung von Bio-Futter umfassen würde.¹⁰⁹ Der Vorschlag basiert auf der Annahme, dass sowohl Produktionsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben als auch Weiterverarbeitung und Handel durch den ökonomischen und sozialen Druck, der mit der Einführung eines Labels verbunden ist, nachhaltiger würden:

„Denn wer will schon erkennbar als Schlusslicht dastehen?“¹¹⁰

Während Umweltverbände auch mit einem Hinweis auf die Grenzen bestehender Siegel (hier: für nachhaltigen Fischfang) zitiert werden, sei der Kauf von Fisch mit Label dennoch nachhaltiger als der Kauf von Produkten ohne eine solche Kennzeichnung.¹¹¹

Für die **Landwirtschaft** werden einerseits förderliche **Rahmensetzungen** wie Bürokratieabbau¹¹² und die Umsetzung des „Agrarorganisationen- und-Lieferketten-Gesetzes“ diskutiert. Es soll unfaire **Handelspraktiken** eindämmen¹¹³ und könne so auch den Preisdruck durch Handelskonzerne¹¹⁴

¹⁰⁴ TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen.

¹⁰⁵ T-online (28.03.2022): Supermarkt-Psychologie.

¹⁰⁶ RTL (27.01.2022): Klimafreundlich essen und einkaufen.

¹⁰⁷ TAZ (26.01.2022): Weniger Fleisch auf dem Teller.

¹⁰⁸ Bild am Sonntag (26.12.2021): „Keine Ramschpreise mehr für Lebensmittel“.

¹⁰⁹ TAZ (05.01.2022): SPD-Politikerin über Tierschutzpläne.

¹¹⁰ TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel.

¹¹¹ T-online (05.01.2022): Wie vertrauenswürdig sind die Siegel bei Fisch?

¹¹² BILD (29.12.2021): Ampel soll UNS nicht vorschreiben, was wir essen.

¹¹³ TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel.

¹¹⁴ BILD (29.12.2021): Ampel soll UNS nicht vorschreiben, was wir essen.

verringern. Es werden aber auch Maßnahmen zur Reduktion des **Pestizideinsatzes** diskutiert.¹¹⁵ Ein Tagesschau-Beitrag befasst sich mit der Frage, ob genug Betriebe auf biologische Landwirtschaft umstellen, damit die Branche die wachsende Nachfrage auf Dauer befriedigen könne. Als notwendige Voraussetzungen werden die Forderung des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft nach politischen **Rahmensetzungen** für eine „Ernährungswende“ wiedergegeben und nach **finanzieller** Unterstützung – nicht zuletzt, um steigende Energie- und Rohstoffkosten abzufedern.¹¹⁶

(2) Ansätze einer sozialen Flankierung der Mehrkosten nachhaltiger Ernährung

Über die vorherigen Diskursphasen hinausgehend wird im Nachgang zu Özdemirs Debattenbeitrag erstmals auch thematisiert, wie eine Politik nachhaltiger Ernährung für Konsument*innen sozial flankiert werden kann. Hierdurch sollen der Zugang von Konsument*innen zu einer nachhaltigen Ernährung möglichst breit und umfassend ermöglicht werden.

Wir identifizieren dabei die Thematisierung eines Mixes aus verschiedenen **Instrumenten**, die im Rahmen einer komplementären Sozialpolitik umgesetzt werden sollen, denn:

„Landwirtschaft ersetzt keine Sozialpolitik.“¹¹⁷

„Für eine sozial gerechte Ernährungspolitik ist eine entsprechend gestaltete Sozialpolitik unerlässlich. Dazu zählt zum Beispiel die angemessene Anpassung der Sozialleistungen und der Kampf gegen den Niedriglohnsektor. Gesundes, nachhaltiges Essen darf kein Privileg für Besserverdienende sein.“¹¹⁸

Als Lösungsansätze werden in den untersuchten Beiträgen die folgenden Maßnahmen diskutiert, die sich der Sozial-, der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik zuordnen lassen, aber auch einer originären Ernährungspolitik. Die Maßnahmen kämen teils allen Konsument*innen gleichermaßen zugute, teils zielen sie auf Haushalte ab, die Sozialleistungen empfangen und besonders vulnerabel für Preissteigerungen und Ernährungsarmut sind:¹¹⁹

- Sozialpolitik: Erhöhung der Grundsicherung, Einführung einer Kindergrundsicherung, Einführung eines Bürgergelds mit angemessenen Regelbedarfssätzen,
- Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik: Erhöhung des BAföG-Satzes, Anhebung des Mindestlohns;
- Steuerpolitik: Erhöhung von Steuergrundfreibeträgen; Nachhaltigkeitssteuer;
- Agrar- und Ernährungspolitik: (zeitweise) Subventionierung nachhaltiger Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung, Mehrwertsteuersenkung für Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte (im Gegenzug zur Mehrwertsteuererhöhung für tierische Produkte); Förderung verbesserter Tierhaltung (gegenfinanziert durch Steuer/Abgabe auf tierische Produkte).

Die im Mediendiskurs repräsentierten Vorschläge stammen dabei nicht von Regierungsakteuren, sondern von Verbraucherschutz- und Umweltverbänden, der Wissenschaft und teils auch aus Leserbriefen.

¹¹⁵ Tagesschau (26.12.2021): Vorgaben für Fertigprodukte.

¹¹⁶ Tagesschau (15.02.2022): Markt für Bioprodukte wächst weiter.

¹¹⁷ ZDF (14.01.2022): Altes System „produziert Verlierer“.

¹¹⁸ TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel.

¹¹⁹ TAZ (27.12.2021): Versnobte Oberschichtpartei; TAZ (31.12.2021): wortwechsel: Vom Überleben und vom Ramschfleisch [Leserbriefe]; TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel; TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen. TAZ (23.01.2022): Studie zu Kosten von Fleischkonsum.

Akteursrollen und Konfliktlinien zwischen Akteuren

Welchen Akteur*innen werden die **Handlungskapazitäten und Verantwortung** für die notwendigen Maßnahmen zugeschrieben? In den untersuchten Beiträgen werden zunächst vor allem **staatliche Akteur*innen** als diejenigen dargestellt, die für einen Wandel des Ernährungssystems, aber auch für dessen soziale Flankierung verantwortlich seien. Dabei wird grundsätzlich argumentiert, dass Umwelt-/Klimapolitik und Agrarpolitik zusammengebracht werden sollten.¹²⁰ Gefordert wird eine koordinierte politische Strategie u.a. von der **EU**. So müsste die Bereitstellung nachhaltiger Produkte für die Konsument*innen durch eine entsprechend ausgerichtete EU-Agrarpolitik und Subventionierung verbessert werden. Die „Farm-to-Fork-Strategie“ der Europäischen Kommission¹²¹ wird exemplarisch genannt.

Auch in dieser Phase des Diskurses wird die Rolle von **Konsument*innen** angesprochen, denen eine **Ernährungsverantwortung** zugeschrieben wird:

„Auch wenn es für den Einzelnen keinen großen Unterschied zu machen scheint, ob er nun zu den Bio-Eiern oder Bio-Gurken oder denen aus konventioneller Landwirtschaft greift. Was wir essen und kaufen, summiert sich. Und das ist Herausforderung und Chance zugleich. Denn schon kleine Veränderungen können viel bewirken.“¹²²

Es wird auch darauf hingewiesen, dass Verbraucher*innen durch eine an ökologischen Kriterien orientierte Wahl ihre Kosten mindern können:

„Und wer saisonal kauft, spart außerdem Geld.“¹²³

Dabei wird teilweise versucht, eine Veränderung der individuellen Ernährungspraktiken zu motivieren, indem **niedrigschwellige Modifikationen des Ernährungsstils** vorgeschlagen werden.¹²⁴ Statt einer vollständigen Umstellung der Lebensgewohnheiten (Karl Lauterbach: „Ich würde nicht fleischlos sagen“¹²⁵) seien vielmehr „ein paar kleine Änderungen von Alltagsroutinen“ hilfreich.¹²⁶

„Das bedeutet jedoch nicht, dass wir uns zukünftig alle vegetarisch oder vegan ernähren müssen. Ein erster und wirksamer Schritt kann es sein, statt jeden Tag nur jeden zweiten oder dritten Tag Fleisch und Wurst zu essen. [...] Jede Veränderung zählt: Fangen Sie mit einer Sache an.“¹²⁷

Individualhaushalte sollen sich vielmehr durch „richtig kochen, einkaufen, (nicht) wegwerfen“, das Führen eines Haushaltsplans, Einkaufszettels und das bewusste Konsumieren regionaler und

¹²⁰ Tagesschau (26.12.2021): Vorgaben für Fertigprodukte.

¹²¹ Im Oktober 2020 hatte der EU-Agrarrat unter Vorsitz der damaligen Bundeslandwirtschaftsministerien Julia Glöckner die *Farm-to-Fork-Strategie* beschlossen. Ihr Ziel ist eine beschleunigte Transformation zu einem nachhaltigen Ernährungssystem. Die Strategie enthält insgesamt 27 Maßnahmen, z.B. zu einer erweiterten Nährwert- und zu einem Tierwohlkennzeichen oder zur Reduzierung von Lebensmittelverschwendung. Die *Farm-to-Fork-Strategie* ist Teil des *Green Deal* der EU und soll einen Beitrag zur Erreichung der angestrebten Klimaneutralität bis 2050 leisten.

¹²² RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet - Mit diesen Lebensmitteln retten Sie die Welt.

¹²³ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet - Mit diesen Lebensmitteln retten Sie die Welt.

¹²⁴ Hier geht eine prognostische Rahmung in eine motivationale Rahmung über, vgl. Fußnote 4.

¹²⁵ RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

¹²⁶ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet.

¹²⁷ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet.

biologisch erzeugter Produkte an der Ernährungswende beteiligen.¹²⁸ Das würde nicht nur ökologische und tierethische Probleme mindern, sondern auch den eigenen Geldbeutel schonen).¹²⁹

In Beiträgen, die eher dem linken politischen Spektrum zugerechnet werden können, wird jedoch auch betont, dass es auf **viele Akteur*innen im Ernährungssystem** ankomme. Die vielschichtige Problemstruktur rund um die Etablierung eines nachhaltigen Ernährungssystems müsse

*„strukturell gelöst werden, **nicht erst beim Endverbraucher**. Wir benötigen also eine ökonomische Veränderung der Konsum- und Produktionsverhältnisse [...] Mehr denn je brauchen wir heute ein gesamtgesellschaftliches Umdenken, eine faire Einigung, was wirklich essenswert ist.“¹³⁰ (eigene Hervorhebung)*

In Zusammenhang mit dem Preisdruck im Lebensmittelhandel werden Positionen reflektiert, dass sich auch **Einzelhandel und Industrie** an angemessenen Erzeugerpreisen beteiligen sollen. In diesem Sinne wird beispielsweise der Umweltverbund BUND zitiert.¹³¹

Was die Positionierung der Akteur*innen untereinander betrifft, so wurden nach Beginn der durch Özdemir angestoßenen Debatte schnell **neue Konfliktlinien** skizziert. So entspinnt sich rasch eine medial reflektierte intensive Diskussion über **die sozialen und ökonomischen Implikationen für Konsument*innen innerhalb Deutschlands**, die eine (politisch gewollte) Anhebung von Lebensmittelpreisen nach sich ziehen könnte. Dies hängt auch damit zusammen, dass die oben skizzierten Ansätze zu einer sozialen Flankierung der Umstellung des Ernährungssystems gerade nicht von der neuen Regierung ins Spiel gebracht wurden, sondern überwiegend von in den Medien zitierten zivilgesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Akteuren. Die hauptsächlich dargestellten Konflikte beziehen sich in dieser Phase also dezidiert auf die **Erschwinglichkeit** des Konsums nachhaltiger Lebensmittel.

In den untersuchten Medienbeiträgen wird bezweifelt, dass ärmere Personen und Haushalte angesichts „wahrer Preise“ noch Zugang zu (nachhaltigen) Lebensmitteln haben werden. Frühere Ausführungen zu hohen Preisen/Preissteigerungen von Lebensmitteln – aufgrund verteuerter Produktion durch erhöhte Düngemittel- und Energiepreise oder (Corona bedingte) Transportengpässe und Arbeitskräftemangel (vgl. Phase I und v.a. II) – wurden in Ansätzen bereits mit dem Thema Ernährungsarmut in Zusammenhang gesetzt. Jetzt kommt es durch die argumentative Verbindung von ‚Lebensmittelpreisen‘ und ‚(Nicht-)Nachhaltigkeit‘ allerdings zu einer neuen narrativen Rahmung, in deren Zentrum Konflikte zwischen verschiedenen Akteursgruppen gestellt werden.

Eine Konfliktlinie verläuft zwischen **Arm und Reich** und bezieht sich auf die unterschiedliche Betroffenheit durch Ernährungsarmut. Sie wird über das gesamte politische Spektrum thematisiert, das durch die ausgewählten untersuchten Medien abgebildet wird:

„Eine einkommensschwache Gruppe wird benachteiligt, eben weil sie einkommensschwach ist – wobei eben nicht zugleich kommuniziert wird, dass ihr auch der Zugang zur besseren Nahrung ermöglicht werden soll.“¹³²

¹²⁸ RTL (27.01.2022): Klimafreundlich essen und einkaufen.

¹²⁹ RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet.

¹³⁰ DER SPIEGEL (30.12.2021): Hummer für alle!

¹³¹ TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen.

¹³² DER SPIEGEL (30.12.2021): Hummer für alle!

„[...] ohne absehbaren sozialen Ausgleich werden unter steigenden Preisen vor allem Arme leiden – die zu Recht den Eindruck haben, dass die notwendige ökologische Wende vor allem auf ihrem Rücken vorangebracht werden soll.“¹³³

„Es gibt erhebliche Ernährungsarmut in Deutschland. Einkommensschwache Haushalte können sich derzeit kaum gesunde und nachhaltige Lebensmittel leisten. [...] Längst nicht mehr ist Fleisch und Wurst auf dem Teller Nachweis einer vollen Geldbörse.“¹³⁴

In diesem Kontext wird der Person Cem Özdemir bzw. seiner Partei Bündnis 90/Die Grünen aufgrund seines Vorstoßes teilweise unterstellt, blind zu sein gegenüber der Alltagsrealität ökonomisch schlechter gestellter Gesellschaftsgruppen und den Sorgen des ‚Kleinen Mannes‘, und die Nachhaltigkeitsperspektive auf ökologische Aspekte zu verengen. Einige Beiträge erkennen weniger an, dass Özdemir und die Grünen die Missstände eines ausbeuterischen, ungerechten, ungesunden und unökologischen Ernährungssystems anzusprechen. Vielmehr geben einige Medien wieder, dass die Grünen (u.a. durch die Opposition) als Teil einer bevormundenden Regierung¹³⁵ wahrgenommen und für soziale bzw. sozio-ökonomische Ungleichheit verantwortlich gemacht würden:

„Die Grünen laufen Gefahr, bei ihren Ökoprojekten das Soziale zu vergessen. Ihren wohlhabenden Wählern können die Lebensmittelpreise auch jetzt egal sein – im Biosupermarkt ist man ohnehin unter sich.“¹³⁶

Ergänzend zur Konfliktlinie zwischen Arm und Reich (und an sie angelehnt) wird also noch eine Konfliktlinie zwischen **Regierung**, und insbesondere den Grünen als „**versnobter Oberschichtpartei**“,¹³⁷ und **gegängelter Bevölkerung** („Ampel soll UNS nicht vorschreiben, was wir essen“¹³⁸) aufgemacht. Hier finden sich auch Anklänge der Elitenkritik, die in Diskursphase II gegenüber Vegetarier- und Veganer*innen geäußert wurde.

Dabei wird auch eine mögliche soziale Stigmatisierung einkommensschwacher Konsument*innen thematisiert, die sich keine nachhaltigen Lebensmittel leisten können:

„[...] dass den Einkommensschwachen, die günstiges Fleisch kaufen, das Tierwohl und der Umweltschutz egal sind. Sie sind also nicht nur zu faul oder ungebildet, um gesund zu kochen und sparsam zu sein (so wird das nichts mit dem sozialen Aufstieg!), sie sind noch dazu amoralische Tierleidhinner, denen die Erde wurscht ist – und dazu sind sie auch noch unsolidarisch mit den Landwirten.“¹³⁹

Demgegenüber wird an andere Stelle aber auch die Position wiedergegeben, dass die sozialen Argumente angesichts einer diskutierten Preissteigerung von 40 Cent pro Kilogramm Fleisch („Das ist in der normalen Spanne eines Sonderangebotes und nicht so dramatisch“¹⁴⁰) nur vorgeschoben sein könnten:

„[...] mehr Tierschutz kann sich jeder leisten. Das ist keine elitäre Angelegenheit. Wer das Gegenteil behauptet, will wohl einfach weitermachen wie bisher.“¹⁴¹

¹³³ TAZ (27.12.2021): Versnobte Oberschichtpartei.

¹³⁴ TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel.

¹³⁵ BILD (29.12.2021): Ampel soll UNS nicht vorschreiben, was wir essen.

¹³⁶ TAZ (27.12.2021): Versnobte Oberschichtpartei.

¹³⁷ TAZ (27.12.2021): Versnobte Oberschichtpartei.

¹³⁸ BILD (29.12.2021): Ampel soll UNS nicht vorschreiben, was wir essen.

¹³⁹ DER SPIEGEL (30.12.2021): Hummer für alle!

¹⁴⁰ TAZ (05.01.2022): SPD-Politikerin über Tierschutzpläne.

¹⁴¹ TAZ (05.01.2022): SPD-Politikerin über Tierschutzpläne.

In den untersuchten Beiträgen wird innerhalb der durch die potentielle Transformation vermeintlich oder tatsächlich negativ Betroffenen (hier: Konsument*innen) vor allem nach Einkommen differenziert. Andere soziodemographische Kategorien wie Gender, Herkunft oder intersektionale Aspekte kommen nicht zur Sprache (im Unterschied beispielsweise zu wissenschaftlichen Untersuchungen zu dem Thema, vgl. Lewalter und Beermann 2021). Solche weiteren Dimensionen sozio-ökonomischer Verletzlichkeit, die eine gleichberechtigte Teilhabe an einer nachhaltigen Ernährung beeinflussen können, werden in den untersuchten Beiträgen kaum berücksichtigt. Stattdessen wird beispielsweise eher allgemein auf einen vermeintlichen Widerspruch zwischen verschiedenen Zieldimensionen nachhaltiger Ernährung verwiesen, der soziale Gerechtigkeit dem Schutz der ökologischen Ressourcen und tierethischen Erwägungen gegenüberstellt:

„Wie kann es gerecht sein, wenn ein Umweltschutz, der allen zugutekommen soll, mit mehr Unfairness für manche verbunden ist?“¹⁴²

Nur selten oder gar nicht tauchen auch **Nachhaltigkeitsanforderungen** mit Bezug zu **Landwirt*innen** oder **Arbeitnehmer*innen** (z.B. Erntehelfer*innen, Mitarbeitende in Schlachtbetrieben) der Lebensmittelversorgungskette auf. Die Frage, ob auch sie einen berechtigten Anspruch auf ein Ernährungssystem haben, innerhalb dessen sie unter guten Arbeitsbedingungen und ohne Subventionierung tätig sein können, wird in den untersuchten Beiträgen kaum angesprochen. Das Konzept der sozialen Gerechtigkeit wird somit nicht für das Gesamtsystem betrachtet, sondern **hauptsächlich auf Konsument*innen** bezogen.

Dabei geht es in den untersuchten Beiträgen allerdings weniger als in den vorherigen Diskursphasen darum, wie möglichst alle Konsument*innen **Zugang zu nachhaltigen Lebensmitteln** (also einer gesunden, ökologischen und tiergerechten Ernährung) haben können. Vielmehr formulieren viele Beiträgen den **Zugang zu möglichst günstigen Lebensmitteln** (ohne damit ein bestimmtes Qualitätsmerkmal zu verbinden) als normativen Referenzpunkt. Nachhaltige Lebensmittel werden demgegenüber als ‚Luxusgüter‘ definiert. Darüber hinaus wird ‚Zugänglichkeit‘ hauptsächlich mit Erschwinglichkeit gleichgesetzt, also direkt vermittelt über Kosten für Lebensmittel und der **Zahlungsfähigkeit**.

Ein breiteres Verständnis, das Zugänglichkeit auch indirekt fassen und in Bezug zu dem Konzept der Ernährungsumgebung setzen würde (und damit beispielsweise manipulativen Einflüssen wie Werbung kritisch gegenüberstünde), scheint in den untersuchten Beiträgen dieser Phase weniger auf. Zugespitzt formuliert, dreht sich die Debatte somit immer mehr um das Recht auf den Erwerb günstiger – und unter gegebenen Bedingungen damit implizit nicht-nachhaltiger – Lebensmittel.

Insgesamt entwickelt sich – bezogen auf die nationale Ebene – die medial reflektierte **Problemwahrnehmung** und **prognostische Rahmung** in der Folge von Özdemirs Beitrags also stark als **antagonistische Positionierung** verschiedener Akteursgruppen, vor allem Arm vs. Reich und Regierung/Grüne vs. (einkommensschwache) Konsument*innen.

3.4 Phase IV (03-06/2022) – Nach Beginn des Ukrainekriegs

In der letzten analysierten Diskursphase publizierten die erfassten Medien 13 von insgesamt 46 Beiträge (nach der dritten Phase die zweitgrößte Anzahl). Es finden sich hierbei wieder etwas mehr Beiträge in eher linksliberalen Medien (1 Deutschlandfunk, 1 Spiegel Online, 3 Tagesschau, 3 TAZ) als in den eher bürgerlich-konservativeren Medien (2 Bild, 2 ZDF; weniger klar zuordenbar: 1 t-online).

¹⁴² DER SPIEGEL (30.12.2021): Hummer für alle!

3.4.1 Diagnostisches Framing

Problembeschreibung

Die mediale Resonanz für das Thema Ernährungsarmut steigt in der vierten Diskursphase angesichts der Folgen des Kriegs in der Ukraine weiter an. Die **steigenden Lebensmittelpreise** stehen **im Zentrum der Problembeschreibung**. Hintergrund sind die hohe Inflation (7,4 Prozent im April 2022) und die gestiegenen Energiepreise (plus knapp 40 Prozent im Mai 2022), verbunden mit einem Anstieg der Lebensmittelpreise (von durchschnittlich 11,1 Prozent im Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahr). Auch steigende Logistikpreise, schlechte Ernten und „gestörte Lieferketten durch die Covid-Pandemie“ werden als Ursache für Preissteigerungen genannt. Perspektivisch wird außerdem befürchtet, dass es durch die für den Herbst vorgesehene Anhebung des Mindestlohns zu weiteren Preissteigerungen kommen könne.¹⁴³

Vor dem russischen Angriffskrieg war die Ukraine nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) einer der Hauptexporteure von Sonnenblumenöl, Weizen, Mais, Gerste und Rapssaat.¹⁴⁴ Durch den Krieg und russische (See-) Blockaden in der Region fielen Lieferungen aus und der globale Weizenpreis stieg binnen einer Woche nach Kriegsbeginn um rund ein Drittel.¹⁴⁵ In der Folge stiegen die Preise vor allem von Speisefetten und Speiseölen, Fleisch und Fleischwaren, aber auch Molkereiprodukte, Eier, Mehl und andere Getreideerzeugnisse waren betroffen (vgl. Statistisches Bundesamt 2022). Heimisches Obst und Gemüse, sofern es in Gewächshäusern angebaut wurde, wurde wegen der Gaspreise ebenfalls teurer.¹⁴⁶

Verschiedene Medien thematisierten, dass die Preissteigerungen zu einer erhöhten Nachfrage nach den Diensten von **Tafeln** führen. Zugleich würden die höheren Lebensmittelpreise auch die **Nachfrage nach Biolebensmitteln** dämpfen:

„Verbraucher:innen suchen sich ... die Einkaufsstellen mehr und mehr nach der Preisstruktur aus. Das betrifft nicht zuletzt die Bioläden. ‚Wir spüren eine Kaufzurückhaltung bei den Kundinnen und Kunden im Facheinzelhandel für Biowaren‘ (...).“¹⁴⁷

Eine über Erschwinglichkeit hinausgehende, **ganzheitlichere Problemdiagnose**, für die sich Özdemir stark gemacht hatte, verschwindet zwar nicht gänzlich aus dem Diskurs:

„Dass es den Tieren besser geht, dass es den Betreibern besser geht und dass es der Umwelt darum besser geht. Denn allen dreien, muss man an dieser Stelle sagen, geht es nicht gut!“, so die Bilanz von Agrar-Staatssekretärin Ophelia Nick.“¹⁴⁸

Allerdings rücken Ökologie, Tierwohl und bäuerliche Einkommen deutlich in den Hintergrund und werden durch die neue Krisenlage stark überlagert. Diese verstärkt eine Problemperspektive, die zuletzt durch die Corona-Krise in den Ernährungsdiskurs Eingang gefunden hatte – dass die bestehenden agrarischen **Lieferketten nicht ausreichend resilient** seien:

¹⁴³ TAZ (11.05.2022): Steigende Inflation.

¹⁴⁴ <https://www.rnd.de/politik/getreide-aus-ukraine-und-russland-welche-laender-am-abhaengigsten-sind-RLSVG5HT6BGNFLY42P2XZTA4MA.html>.

¹⁴⁵ TAZ (11.05.2022): Steigende Inflation.

¹⁴⁶ TAZ (11.05.2022): Steigende Inflation.

¹⁴⁷ TAZ (11.05.2022): Steigende Inflation.

¹⁴⁸ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

„Die dramatischen Ereignisse, die wirklich nah bei uns sind, die haben uns vor Augen geführt, wo auch wir kriseninstabil sind.“¹⁴⁹

Berichtet wird unter anderem, dass die Verunsicherung in Supermärkten zu Hamsterkäufen führe.¹⁵⁰ Regierungsvertreter*innen werden allerdings mit der Position zitiert, dass sie keine Notwendigkeit sähen, sich in Deutschland um Ernährungssicherheit zu sorgen:

*„Ich kann aber an dieser Stelle trotzdem ganz klar sagen, dass Ernährungsunsicherheiten in Deutschland und Europa nicht Thema der Diskussion sind. Wir haben einen sehr hohen Selbstversorgungsgrad von den meisten Produkten, also das ist gesichert.“¹⁵¹
(Staatssekretärin Ophelia Nick, BMEL)*

Eine **Hungerkrise** wird jedoch für die **Ukraine** sowie **Schwellen- und Entwicklungsländer** prognostiziert. Einschränkungen bei Produktion und Export von Getreide aus Osteuropa könnten sich auch auf das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen auswirken.¹⁵² Die Hungerkrise in Ländern des Globalen Südens entwickle sich auch vor dem Hintergrund von Klimaveränderungen, gewaltsamen Konflikten und einer steigenden Abhängigkeit von Lebensmittelimporten in Folge zunehmender Urbanisierung im Globalen Süden. Zwischen 2020 und 2022 sei so die Zahl der Menschen, die weltweit „in einem Zustand der ‚Ernährungskrise‘ leben“, um fast 100 Millionen angestiegen, berichtet beispielsweise die TAZ.¹⁵³

Anforderungen an Ernährung(spolitik)

Die **Erschwinglichkeit** von Lebensmitteln ist in dieser Diskursphase die zentrale im Mediendiskurs thematisierte Anforderung an Ernährung bzw. Ernährungspolitik. Dabei wird (wie bereits in Phase III) nicht auf die Erschwinglichkeit von gesunden oder nachhaltigen Lebensmitteln abgehoben, sondern auf die Bezahlbarkeit von Lebensmitteln allgemein¹⁵⁴:

„Für Menschen mit wenig Geld sind die Preissteigerungen eine echte Bedrohung“, sagt Brühl [Vorsitzender des Bundesverbands der Tafeln]. (...) Ziel müsse es jedoch sein, die Nachfrage bei den Tafeln langfristig zu senken. ‚Die Versorgung der Menschen ist Aufgabe des Staates‘.“¹⁵⁵

Erschwinglichkeit wird aber nicht mehr im Kontext einer möglichen Ernährungswende (wie in Phase III), sondern im Kontext von Verknappungen durch den Ukraine-Krieg diskutiert. Solche **Knappheiten** zu vermeiden, wird zu einer neuen Anforderung an Ernährungspolitik in der Debatte:

„Wenn kommendes Jahr Produktionskapazitäten wegfallen, könnten die Preise noch mehr ansteigen.“¹⁵⁶

Nur wenige Beiträge beziehen sich noch auf Özdemirs breiten Katalog von **Nachhaltigkeitsanforderungen**: „mehr Tierwohl, unterstützt durch eine Haltungs- und

¹⁴⁹ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁵⁰ DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch wäre ein Beitrag gegen Putin“; Tagesschau (03.04.2022): Am Limit; Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁵¹ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst; vgl. auch DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch wäre ein Beitrag gegen Putin“.

¹⁵² ZDF (05.03.2022): Uno warnt vor Hunger in Ukraine und weltweit.

¹⁵³ TAZ (22.06.2022): Das Essen wird unbezahlbar.

¹⁵⁴ Siehe beispielsweise Tagesschau (31.05.2022): Mehr Befugnisse für Kartellamt gefordert; ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

¹⁵⁵ Tagesschau (03.04.2022): Am Limit.

¹⁵⁶ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

Herkunftskennzeichnung für Fleisch, weniger Sojaimporte aus Übersee, mehr biologisch bewirtschaftete Fläche, weniger Pestizide, bessere Erzeugerpreise für Bauern und Bäuerinnen“.¹⁵⁷ Vor dem Hintergrund kriegsbedingter Verknappung der Nahrungsmittelversorgung wird der hohe Flächenverbrauch für Fleisch und tierische Produkte allerdings neu problematisiert und die Anforderung einer **fleischreduzierten Ernährung** entsprechend neu begründet: „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“, zitiert der Spiegel Özdemir in einem Spiegel-Interview.¹⁵⁸ Auch das Thema bäuerliche Einkommen wird unter dem neuem Blickwinkel der Versorgungssicherheit kommuniziert: Das Sterben der Höfe zu beenden, sei wichtig für die Versorgungssicherheit in Deutschland.¹⁵⁹

Neben **Umwelt- und Tierschutz** werden auch **Gesundheit**, Qualität und Nachhaltigkeit deutlich seltener als Anforderung an Ernährung und an Ernährungspolitik formuliert.¹⁶⁰ Unter dem Eindruck der massiven Teuerungsraten verändert sich der Diskurs um Anforderungen an Ernährung(spolitik) also erneut. Angesichts gestiegener Preise wird die **Qualität** der Lebensmittel bzw. die **Verfügbarkeit** und **Zugänglichkeit nachhaltiger Lebensmittel** im Mediendiskurs zur optionalen Verhandlungsmasse; dies belegt auch der oben problematisierte Nachfragerückgang bei Biowaren.

Konflikte und Synergien zwischen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsanforderungen

Unter den Vorzeichen bestimmter Nahrungsmittelverknappungen durch den Krieg in der Ukraine wird ein bekannter **Zielkonflikt** für Deutschland neu debattiert – der zwischen **intensiver** Nahrungsmittelerzeugung zur **Sicherstellung der Ernährung** einerseits und **Umweltschutz** andererseits. Unter anderem werden Forderungen des Deutschen Bauernverbands und unionsgeführter Agrarlandesministerien wiedergegeben, Flächenstilllegungen auszusetzen, die im Rahmen des Green Deal der EU aus Umweltschutzgründen beschlossen worden waren. Stattdessen werden unter der Fragestellung „Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?“¹⁶¹ nun „[v]ehemente Plädoyers für weniger Umweltschutz“¹⁶² zitiert, um „die Produktion zu steigern und ausbleibende Weizenlieferungen aus der Ukraine auszugleichen“.¹⁶³ So kommt der Landwirtschaftssprecher der Unionsfraktion im Bundestag, Albert Stegemann, in der Tagesschau zu Wort:

„Wir können in einer Verknappungssituation – wo es um die Sicherheit der Ernährungssituation der deutschen Bevölkerung, für die europäischen Bevölkerung geht –, können wir natürlich nicht vier Prozent der Flächen stilllegen.“¹⁶⁴ (sic)

Auch Gero Hocker, Bundestagsabgeordneter des Ampelkoalitionärs FDP, wird angesichts der befürchteten Verknappung mit der Überlegung zitiert,

„ob man nicht sogar mehr Tiere bräuchte, um mit deren Gülle und Mist den fehlenden Kunstdünger auszugleichen. Und [er] stellt die angestrebte Minderung von Pestiziden in

¹⁵⁷ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst; siehe auch ARD (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise? und DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“.

¹⁵⁸ DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“.

¹⁵⁹ DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“.

¹⁶⁰ Ausnahmen sind: t-online (28.03.2022): Supermarkt-Psychologie; TAZ (10.06.2022): Entlastung für Mensch und Umwelt.

¹⁶¹ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

¹⁶² Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst; siehe auch: Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

¹⁶³ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁶⁴ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

Frage, denn das würde auch den Ertrag mindern. Das sind ähnliche Vorschläge wie in der Union – die Idee dahinter: den Preisanstieg abzdämpfen, indem deutsche und europäische Landwirte mehr produzieren.“¹⁶⁵

Die Debatte um die Nachhaltigkeit des deutschen Ernährungssystems zur Zeit des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wird durch die Betonung von Verknappung und zu sichernden Produktionskapazitäten sozusagen „**versicherheitlicht**“. Mit dieser diskursiven Strategie wird die Angemessenheit der konventionellen Landwirtschaft bekräftigt und der Handlungsspielraum für entsprechende Produktionsmuster argumentativ abgesichert. Ein Beitrag im Deutschlandfunk thematisiert, wie das Landwirtschaftsministerium versuche, der Gegenüberstellung „Produktion vs. Umweltschutz“ entgegenzusteuern:

„Man dürfe die Nahrungskrise nicht gegen Klimakrise und Artensterben ausspielen, heißt es von Seiten des Bundeslandwirtschaftsministeriums – doch angesichts der akuten Krise sind einige Akteure nicht von dieser Sichtweise überzeugt.“¹⁶⁶

Ein weiter alter Konflikt, der unter den neuen Vorzeichen wieder aufgegriffen wird, ist der zwischen **Umwelt und Sozialem**. So wird beispielsweise ein CDU-Bundestagsabgeordneter zur Forderung eines Ökonomen (Marcel Fratzscher, DIW) nach einer größeren „ökologischen Wahrheit“ von Lebensmittelpreisen mit folgenden Worten zitiert:

„Der CDU-Sozialpolitiker Dennis Radtke (43) findet Fratzschers Äußerungen aus der Zeit gefallen. Radtke zu BILD: ‚In einer Zeit, in der die Preise durch die Decke gehen und viele Menschen nicht mehr ein noch aus wissen, ist dies die falsche Debatte.‘ Radtke sieht eher eine politische Verpflichtung darin, die Preisspirale zu stoppen, denn: ‚Auch in Zukunft muss sichergestellt sein, dass Menschen mit kleinen Einkommen sich vernünftig ernähren können.“¹⁶⁷

Soziale Anliegen werden somit in diesem medialen Beitrag gegen ökologische ausgespielt.

3.4.2 Prognostisches Framing

Lösungsvorschläge

Nachdem in der vorigen Diskursphase neben Lösungsvorschlägen dazu, (1) wie Ernährung nachhaltiger gestaltet werden kann, erstmals auch intensiv über (2) deren soziale Flankierung gesprochen wurde, kehrt sich in dieser Phase das Verhältnis der Beiträge um: Es finden sich kaum noch Vorschläge für eine nachhaltige Ernährungspolitik; entsprechend geht es auch nicht um eine soziale Flankierung der Mehrkosten einer nachhaltigeren Ernährung. Vielmehr wird in erster Linie darüber diskutiert, wie die sozialen Folgen der durch den Krieg in der Ukraine, Inflation etc. immer weiter gestiegenen Lebensmittelpreise erträglicher gemacht werden können – ohne expliziten Bezug zu *nachhaltiger* Ernährung.

(1) Ansätze, um Ernährung nachhaltiger zu gestalten

Im engeren Bereich der Ernährungspolitik werden Ansätze von **Nudging** sowie Pläne der britischen Regierung diskutiert, Werbung für Lebensmittel mit hohem Gehalt an Zucker, Salz und gesättigten

¹⁶⁵ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

¹⁶⁶ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁶⁷ BILD (20.05.2022): „Lebensmittel sind zu billig“.

Fettsäuren und deren prominente Platzierung in Geschäften gesetzlich einzuschränken.¹⁶⁸ Ins Gespräch gebracht werden auch wieder die bereits in Phase III thematisierten **Steueranpassungen**. So wird ein Vorschlag des Umweltbundesamts zitiert, die **Mehrwertsteuer** ökologisch und sozial umzugestalten – unter anderem durch die parallele Erhöhung des Steuersatzes auf tierische Produkte und einen Wegfall der Steuer auf pflanzliche Grundnahrungsmittel wie Obst, Gemüse, Getreide, Brot.¹⁶⁹ Das UBA wird mit der Position widergegeben, dass dies in der Gesamtwirkung sozialverträglich sei: Weil „Menschen in Folge der Verteuerungen und Vergünstigungen jedoch ihren Konsum anpassten, sei die Entlastung im Endeffekt größer und die Belastung geringer – auch für das Klima.“¹⁷⁰

Einzelne Medien thematisieren erste Schritte des Landwirtschaftsministeriums für eine **Agrarwende** – u.a. mit neuen Fördermitteln für den Umbau der Tierhaltung und einem frisch aufgelegten Programm für Energieeffizienz in der Landwirtschaft.¹⁷¹ Allerdings dreht sich die agrarpolitische Debatte nach Beginn des Ukrainekriegs scharf (siehe Kapitel 3.4.1), so dass die diskutierten Ansätze faktisch weniger einer nachhaltigeren als einer intensiveren Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion dienen. Konträr zur angestrebten Ausweitung ökologischer Bewirtschaftung wird kritisch darüber berichtet, dass das Ministerium übergangsweise die sogenannten „ökologischen Vorrangflächen“¹⁷² für die Futtermittelproduktion freigibt.¹⁷³ Ebenfalls wird berichtet, dass die Opposition die EU-weite Planung hinterfragt habe, vier Prozent der Agrarflächen für den Umweltschutz stillzulegen.

(2) Ansätze einer sozialen Flankierung gestiegener Lebensmittelkosten

Zunächst zum Kontext: Um Belastungen für Bürger*innen abzufedern, die durch energiekosten- und inflationsbedingte Preissteigerungen entstanden, beschloss die Bundesregierung drei Bündel mit Maßnahmen zur Entlastung von Haushalten. Die beiden ersten – in diese Diskursphase fallenden – **Entlastungspakete** vom März und April 2022 umfassten u.a. eine Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, einen Heizkostenzuschuss, Einmalzahlungen für Empfänger*innen von Sozialleistungen (200 Euro) und Arbeitslosengeld I (100 Euro), einen Kinderbonus (200 Euro pro Kind) als zusätzliche Einmalzahlungen für Familien und eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Zwar konnten die pauschalen Entlastungsmaßnahmen auch zur Deckung gestiegener Lebensmittelkosten genutzt werden. Eine explizite Entlastung für diese Kosten – beispielsweise ein „Lebensmittelrabatt“, analog zum gewährten „Tankrabatt“¹⁷⁴ – war in den Paketen nicht enthalten.

Einige der untersuchten Medienbeiträge problematisieren in dieser Phase, dass **nur ein Teil der** von den Kostensteigerungen **Betroffenen** von den genannten Ausgleichsmaßnahmen **profitiere**. Auch nehme der Zulauf zu den ‚Tafeln‘ stark zu, da einzelne Gruppen (z.B. Rentner*innen) die steigenden Kosten besonders spürten¹⁷⁵ und zugleich in den Entlastungspaketen nur wenig berücksichtigt würden.¹⁷⁶ So wird der Sozialverband Deutschland mit der Kritik zitiert, dass die Energiepauschale nur an steuerpflichtige Arbeitnehmer*innen gezahlt werde. Insbesondere Personen, die keine steuerpflichtige Anstellungen hätten, blieben so außen vor– obwohl gerade sie

¹⁶⁸ T-online (28.03.2022): Supermarkt-Psychologie.

¹⁶⁹ TAZ (10.06.2022): Entlastung für Mensch und Umwelt.

¹⁷⁰ TAZ (10.06.2022): Entlastung für Mensch und Umwelt.

¹⁷¹ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁷² Dabei handelt es sich um fünf Prozent der Betriebsflächen, die aus ökologischen Gründen brachliegen oder dem Anbau von Zwischenfrüchten dienen.

¹⁷³ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁷⁴ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

¹⁷⁵ Tagesschau (03.04.2022): Am Limit.

¹⁷⁶ Nach anhaltender Kritik beschloss der Bundestag mit dem dritten Entlastungspaket die Zahlung einer Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro brutto an Rentner*innen.

häufig besonders vulnerabel gegenüber Preissteigerungen seien.¹⁷⁷ Auch die Kritik der Präsidentin der Caritas wird medial reflektiert, dass die Entlastungspakete der Bundesregierung zwar „punktuell“ helfen würden. Die Unterstützung sei jedoch „nicht zielgenau, oft zu spät und vor allem nicht nachhaltig“.¹⁷⁸

Forderungen der Sozialverbände nach „verlässliche[n] Entlastungen“¹⁷⁹, einer **Anhebung der Regelsätze von Sozialleistungen**¹⁸⁰ und einer **Verstetigung von Einmalzahlungen**¹⁸¹ erhalten Aufmerksamkeit in den medialen Beiträgen dieser Phase. Ebenfalls werden Forderungen nach einer „verlässliche[n] finanzielle[n] Förderung“ für Einrichtungen wie Tafeln aufgegriffen.¹⁸² Thematisiert wird zudem der Widerstand der FDP gegen die Einführung von **Lebensmittelrabatten**. Während sie zeitgleich den Tankrabatt durchsetze, argumentiere die FDP-Bundestagsfraktion, dass Umstellungen in der Ernährung, mit denen Menschen ihre Kosten senken sollten, vertretbar seien:

„Da werden wir vielleicht auch ein Stück weit darüber nachdenken müssen, dass so eine Speisekarte vielleicht anders gestaltet ist und bestimmte Lebensmittel für ein paar Woche nicht zu den Preisen erhältlich sind“¹⁸³, so FDP-Bundestagsabgeordneter Gero Hocker.

Neben den erwähnten sozialpolitischen Vorschlägen werden allerdings auch Forderungen nach einer stärkeren **kartellrechtlichen Überprüfung** und ggf. **Regulierung des Handels** medial aufgegriffen, durch die überzogene Preisspannen und Mitnahmeeffekte verhindert werden sollten.¹⁸⁴ Werden allerdings die Weltmärkte als Ursache der Schwierigkeiten identifiziert, schwingt bei den in den Beiträgen zitierten Akteuren Skepsis mit, dass nationale Maßnahmen das Problem überhaupt lösen könne.¹⁸⁵

Akteursrollen und Konfliktlinien zwischen Akteuren

An den **Rollen und Verantwortlichkeiten**, die Akteur*innen jeweils zugewiesen werden, ändert sich in dieser Diskursphase nicht viel – es werden Politik, Landwirtschaft, Handel und Konsument*innen als Verantwortliche benannt. Wie bereits oben erwähnt, bildet dabei jedoch der Krieg eine neue Rahmung. So wird beispielsweise die mögliche Minderung des Fleischkonsums aus ökologischen Gründen nun als ein „Beitrag gegen Putin“ geframt.¹⁸⁶

„Unterstützt von Wissenschaftlern und Hilfsorganisationen hat der grüne Landwirtschaftsminister Özdemir die Menschen in Deutschland dazu aufgerufen, weniger Fleisch zu essen. Denn die Menge an Getreide, die in Deutschland an Tiere verfüttert wird, entspricht laut dem Magazin ‚Der Spiegel‘ etwa der Menge der gesamten Weizenexporte der Ukraine.“¹⁸⁷

Als von den neuen Herausforderungen negativ **betroffene Akteur*innen** werden insbesondere Haushalte mit niedrigen Einkommen wie Alleinerziehende, Rentner*innen und Geringverdienende identifiziert.¹⁸⁸ Generell vergrößere sich die Gruppe der preissensitiven Personen bzw. derjenigen,

¹⁷⁷ ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

¹⁷⁸ ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

¹⁷⁹ ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

¹⁸⁰ Tagesschau (03.04.2022): Am Limit.

¹⁸¹ ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

¹⁸² BILD (31.03.2022): Tafeln bayernweit vor dem Kollaps.

¹⁸³ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

¹⁸⁴ Tagesschau (31.05.2022): Mehr Befugnisse für Kartellamt gefordert.

¹⁸⁵ Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise?

¹⁸⁶ DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“.

¹⁸⁷ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁸⁸ U.a. ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

die **strukturell von Ernährungsarmut bedroht** sind. Bedingt sei dies u.a. durch die ökonomischen Folgen der Corona-Pandemie und die vor dem Krieg schon ansteigende und durch diesen noch befeuerte Inflation.¹⁸⁹ Zudem seien viele aus der Ukraine geflüchtete Personen auf Unterstützung, unter anderem von Tafeln, angewiesen.¹⁹⁰ Die Tafeln seien wiederum selbst durch hohe Sprit- und Energiepreise sowie sinkende Spenden belastet. Auch das „Hamstern“ (die verstärkte Vorratshaltung von Lebensmitteln als Folge des Knappheitsnarrativs) führe bei den Tafeln, insbesondere in Großstädten, zu sinkenden Kapazitäten.¹⁹¹

Vor diesem Hintergrund zeichnet sich allerdings auch eine neue, medial vermittelte **Konfliktlinie innerhalb der Gruppe der Konsument*innen** bzw. speziell innerhalb der Gruppe der preissensitiven Personen ab:

„Es ist ein echter Kampf im Moment. Es wird immer schwerer, die benötigten Spenden zusammen zu bekommen [...] Käuferinnen und Käufer greifen aktuell vermehrt nach günstigen und reduzierten Produkten. Für die Tafeln bleibt weniger Ware übrig.“¹⁹²

In dieser Phase des medial vermittelten öffentlichen Diskurses um das Ernährungssystem geht es also zunehmend nicht mehr um die Frage, ob eine gleichberechtigte Teilhabe an einer nachhaltigen Ernährung für jedermann möglich sei (oder gar um das umfassendere Konzept der fairen Ernährungsumgebung). Vielmehr steht im Zentrum der Debatte das neue Hauptnarrativ der **reduzierten Bezahlbarkeit von Ernährung** schlechthin (und nicht mehr die Bezahlbarkeit einer qualitativ nachhaltigen Ernährung).

Angesichts der diskutierten möglichen Mitnahmeeffekte des Handels bei den Preissteigerungen zeichnet sich zudem eine **Konfliktlinie zwischen Konsument*innen und Handel** ab. Der Handelsverband Lebensmittel wird dazu aber mit seiner Kritik zitiert, „es sei spekulativ, ‚mit einer Stichprobe von einigen Produkten bei einigen Handelsketten den Eindruck zu erwecken, der Verbraucherpreisanstieg für Lebensmittel habe andere treibende Ursachen als die Preissteigerungen entlang der gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette“.¹⁹³ Zugleich gesteht er zu:

„Der Lebensmittelhandel habe große Verantwortung für Kunden, „gerade gegenüber den Bevölkerungsgruppen, die sehr genau auf ihre monatlichen Ausgaben schauen müssen“, sagte der Verbandssprecher.“¹⁹⁴

Im Kontext der **Landwirtschaft** werden zwei altbekannte Konfliktlinien thematisiert: die zwischen Politik und Landwirtschaft und die zwischen Umweltschutz und Landwirtschaft. So werden Positionen von Landwirt*innen wiedergegeben, die den „Zugriff“ der **Politik** auf den Sektor und den Umgang mit dem Berufstand kritisieren:

„Wir sind nicht der Spielball der Politik, sondern wir sind erst mal grundsätzlich für die Lebensmittelversorgung verantwortlich – und dafür muss entsprechend mit dem Berufsstand umgegangen werden“, fordert Landwirt Thomas Gäbert aus Trebbin.“¹⁹⁵

Hier scheint ein bekanntes Narrativ auf, demzufolge Politik mit unerwünschter Regulierung in Wirtschaftssektoren eingreift. Unerwähnt blieben demgegenüber die Einflüsse der Wirtschaft (bzw.

¹⁸⁹ TAZ (11.05.2022): Steigende Inflation.

¹⁹⁰ Tagesschau (03.04.2022): Am Limit.

¹⁹¹ Tagesschau (03.04.2022): Am Limit; BILD (31.03.2022): Tafeln bayernweit vor dem Kollaps.

¹⁹² Tagesschau (03.04.2022): Am Limit.

¹⁹³ Tagesschau (31.05.2022): Mehr Befugnisse für Kartellamt gefordert.

¹⁹⁴ Tagesschau (31.05.2022): Mehr Befugnisse für Kartellamt gefordert.

¹⁹⁵ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

von Verbänden) auf die Politik, die im Fall des Agrarsektors u.a. durch Nischwitz & Chojnowski (2019) belegt sind. Indirekt wird zudem das Narrativ konnotiert, wonach sich ein Berufstand mit ungewisser Zukunft unfair kritisiert fühlt.¹⁹⁶

Die zweite Konfliktlinie betrifft den **Umweltschutz**. Nachdem sich 2021 landwirtschaftliche Verbände und Umweltschützer*innen im Rahmen der Zukunftskommission Landwirtschaft nach jahrelangen Konflikten einen Konsens zu vielen grundlegenden Fragen erzielen konnten und der Bauernverband sich noch im März beim Thema Tierwohlprämien und -kennzeichnung hinter die von den Umweltverbänden unterstützten Pläne des Landwirtschaftsministeriums gestellt hatte,¹⁹⁷ thematisierten die Medien nun das Aufbrechen des alten Konflikts:

„Der Krieg in der Ukraine hat alte Konflikte neu angefacht: die zwischen Agrarwirtschaft und Umweltschützern. Erst im vergangenen Jahr war es gelungen, die ewigen Kontrahenten auf einen gemeinsamen Fahrplan einzustimmen, mit dem Abschlussbericht der sogenannten Zukunftskommission Landwirtschaft.“¹⁹⁸

Anlass hierfür war die oben nachgezeichnete Debatte um die Rücknahme vereinbarter Flächenstilllegungen, die aus Sicht der Umweltverbände einem „Rollback“ gleichkam.

¹⁹⁶ Vgl. zum Thema „Bauern-Bashing“ Zinke (2020).

¹⁹⁷ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

¹⁹⁸ Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst. Vgl. auch Zukunftskommission Landwirtschaft (2021).

4 Schlussbetrachtung

In dieser explorativen Untersuchung haben wir die Dynamik von Nachhaltigkeitsanforderungen an Ernährung und an Ernährungspolitik im medialen Diskurs beschrieben. Insbesondere haben wir die Debatte um die *Zugänglichkeit* für jedermann zu einer gesunden, gerechten und ökologischen („nachhaltigen“) Ernährung diskursanalytisch aufbereitet. Zugänglichkeit wurde dabei verstanden als Zahlungsfähigkeit der Konsument*innen, also als direkte ökonomische *Erschwinglichkeit*; und in einem weiteren Sinne als indirekt bedingt durch eine *Ernährungsumgebung*, die vermittelt über (lebensmittelbezogene) Prozesse und Strukturen auf Prägung, Einstellung, Gewohnheiten und Praktiken der Konsument*innen wirkt. Das erstgenannte Verständnis ist ein stärker individualisiertes Konzept, während letzteres auf die gesellschaftlichen Verhältnisse abhebt. Bezogen auf diese beiden Perspektiven zeigt unsere Analyse der deutschen Medienbeiträge die *Umstrittenheit* der Teilhabe an einer nachhaltigen Ernährung auf.

Für den Untersuchungszeitraum März 2021 bis Juni 2022 wurden 46 Medienbeiträge untersucht, die einerseits aus bundesdeutschen Print- und Online-Medien¹⁹⁹ mit der größten Reichweite stammen, und die andererseits das politische Spektrum in der Breite abdecken. Es konnten vier Phasen des medialen Diskurses unterschieden werden, die sich hinsichtlich ihrer zentralen Problemdarstellungen und Lösungsansätze unterscheiden. Unterschiede zeigen sich damit auch im Hinblick auf identifizierte Synergien und Tradeoffs zwischen sozialen und Anforderungen an Ernährung und an Ernährungspolitik und daraus resultierenden Konfliktlinien zwischen Akteur*innen (im Überblick siehe Tabelle 3).

Der (Vor-)Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 stellt die **erste** betrachtete **Diskursphase** dar (03-08/2021). Während als Anforderungen an Ernährung und an Ernährungspolitik sowohl Umwelt-/Klimaverträglichkeit, Gesundheit und Erschwinglichkeit thematisiert werden, werden die Mehrwerte einer solchen Ernährung den möglichen Einbußen beim Genuss und notwendigen Umgewöhnungen von Konsument*innen gegenübergestellt. Synergien zwischen den ökologischen und sozialen Anforderungen werden jenseits von gesundheitlichem Nutzen kaum angesprochen. Als Lösungsansätze werden der Konsum regionaler, saisonaler und ökologischer Produkte benannt, und auf politischer Ebene eher punktuell Forderungen nach eine Zuckersteuer und Einschränkungen von an Kinder gerichtete Werbung thematisiert. Was Konfliktlinien zwischen Akteursgruppen betrifft, wird im Mediendiskurs eine engagierte Zivilgesellschaft porträtiert, die einer regulierungsunwilligen Politik und einer Wirtschaft gegenüberstehe, deren freiwillige Zusicherungen nicht wirksam seien.

Die Beiträge der **zweiten Diskursphase** (09-11/2021), der Phase der Regierungsbildung, fokussieren in ihrer Problemdiagnose hauptsächlich auf den (als Narrativ bereits in der Vergangenheit etablierten) Zielkonflikt zwischen intensiver Produktion und Umweltschutz (bspw. durch den Einsatz von Kunstdünger), aber auch auf die potentiell preissteigernde Wirkung erhöhter Düngemittelpreise. Die Frage nach der finanziellen Zugänglichkeit zu einer nachhaltigen Ernährung und den sozialen Folgen ist angesichts einer deutlichen Preissteigerung für Obst und Gemüse im Vergleich zum Vorjahr in einem Beitrag ebenfalls angelegt. Generell wird die Thematik in den Medien aber wesentlich seltener aufgegriffen als in den Folgemonaten.

Das ändert sich in der **dritten Diskursphase** (12/2021-02/2022), als sich der neue Landwirtschaftsminister in einem Interview zu nachhaltiger Ernährungspolitik positioniert und die Abkehr von „Ramschpreisen“ für Lebensmittel fordert. In der Folge intensiviert sich die mediale Debatte um die sozialen und ökologischen Anforderungen an Ernährung und an Ernährungspolitik. Dies umfasst auch Diskussionen um die Frage nach Gewinnern und Verlierern eines gesellschaftlichen Wandels zu Nachhaltigkeit. Das Anforderungsprofil an Ernährung und an

¹⁹⁹ D.h. keine Social-Media-Beiträge.

Ernährungspolitik wird in der Breite der untersuchten Beiträge umfangreicher diskutiert. Insbesondere soziale Anforderungen an Gesundheit und Teilhabe bzw. Erschwinglichkeit treten in den Vordergrund. Zielkonflikte werden in dieser Phase zunächst nicht mehr zwischen den einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen thematisiert. Stattdessen setzt die Intervention Özdemirs einen ‚holistischen‘ Deutungsrahmen, innerhalb dessen Widersprüche und negative Effekte hinsichtlich der möglichen Erreichung eines *umfassenden* individuellen, gesellschaftlichen und planetaren Wohlergehens ins Blickfeld geraten. Integrativ wird die Möglichkeit einer gleichzeitigen Wohlfahrtssteigerung für Konsument*innen, Produzent*innen, Mensch, Tier und Umwelt als Zukunftsoption skizziert.

Da als das zentrale Instrument hierfür allerdings erhöhte Preise für qualitativ hochwertigere Lebensmittel herangezogen werden, entspinnt sich schnell eine Verteilungsdebatte. Dies geschieht unter anderem vor dem Hintergrund bereits angestiegener Lebensmittelpreise. In der normativ als Gerechtigkeitsdiskussion geframten Debatte werden Gewinner und Verlierer definiert. Der Fokus liegt dabei auf den Auswirkungen höherer Preise für nachhaltiges Essen für Konsument*innen, insbesondere auf den negativen Effekten für ökonomisch schlechter gestellte Akteure*innen. Die positiven Effekte für Produzent*innen und Umwelt geraten durch dieses zentrale Narrativ eher in den Hintergrund. Bei den Lösungsansätzen werden erstmals neben Maßnahmen, die eine nachhaltigere Ernährung befördern sollen, auch Ansätze einer sozialen Flankierung dieser Maßnahmen diskutiert.

Eine neue Dynamik erfuh die Diskussion in der **vierten Diskursphase** (03-06/2022), also nach Beginn des Kriegs gegen die Ukraine. Angesichts weiter ansteigender Inflation und der Auswirkungen auf die globalen Agrarmärkte ist in dieser Phase eine deutliche Verschiebung der Rahmung zu beobachten: weg von einer Betonung der integrativen Nachhaltigkeitspotentiale des Ernährungssystems hin zu einem Narrativ, das durch die Verknüpfung von ‚Mangel‘, ‚Knappheit‘ und ‚Unsicherheit‘ charakterisiert ist. Die zentrale Anforderung an Ernährung und an Ernährungspolitik ist hier nicht mehr Nachhaltigkeit durch die Integration verschiedener sozialer und ökologischer Aspekte, sondern der Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln – ohne, dass diese gesund oder „nachhaltig“ sein müssten. Die Nachhaltigkeitsdimensionen werden in dieser Phase nicht mehr integriert betrachtet, sondern einander sektoral gegenübergestellt. Politik gilt nicht mehr als ‚regulierungsunwillig‘ (vgl. Phase I), sondern potenziell als (aus Sicht des konventionellen Landwirtschaftssektors) bedrohlich regulierend.

Was Lösungsansätze betrifft, wird in dieser Diskursphase allerdings kaum noch darüber diskutiert, wie eine nachhaltige Ernährung durch politische Instrumente gefördert werden kann. Vielmehr fokussiert der Mediendiskurs einerseits auf die Frage, wie die Mehrkosten durch die abermals in die Höhe geschossenen Lebensmittelpreise insbesondere für ärmere Haushalte ausgeglichen werden könnten; andererseits geht es um agrarpolitische Maßnahmen einer Produktionsausweitung zulasten bereits vereinbarter Extensivierungsmaßnahmen. Damit wird ein im Vorjahr erstmals erzielter Konsens zwischen konventioneller Landwirtschafts- und Umweltverbänden im Rahmen der Zukunftskommission Landwirtschaft wieder in Frage gestellt.

Tabelle 3: Ergebniszusammenfassung der Analyse

	Phase I (03-08/2021)	Phase II (09-11/2021)	Phase III (12/2021-02/2022)	Phase IV (03-06/2022)
Problem- beschrei- bungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Vielfalt der sozialen und ökologischen Anforderungen als Problem ▶ Umwelt- und Gesundheitswirkungen von Ernährung ▶ Mangelernährung/Ernährungsarmut ▶ sich verteuernde Lebensmittelpreise (Klimaveränderungen, Corona-Bedingungen, fossile Energiekosten) ▶ geringe Zahlungswilligkeit bei Mehrkosten nachhaltiger Ernährung 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ hohe Lebensmittelpreise (wg. fossilen Energiekosten, unterbrochenen Lieferketten) ▶ Zugang zu gesunder Ernährung für Einkommensschwache ▶ intensive Tierhaltung als ethisches und Umweltproblem 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Landwirte, Tierwohl, Gesundheit und Umwelt/Klima leiden unter nicht-internalisierter Umwelt („Ramschpreise“) ▶ gesundheitliche Aspekte (z.B. Adipositas) und Gesundheitskosten von Fehlernährung ▶ Fleischkonsum als Risikofaktor für Darmkrebs, der v.a. bei ökonomisch schlechter gestellten Personen meist spät entdeckt werde 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ weiter steigende Lebensmittelpreise (ergänzend zu bestehenden Treibern nun die Folgen des Kriegs gegen die Ukraine) → mehr Menschen gehen zu Tafeln und weniger kaufen in Bioläden ein ▶ geringe Thematisierung von Ökologie, Tierwohl, bäuerlichen Einkommen ▶ Unzureichende Resilienz agrarischer Lieferketten ▶ Erwartung einer Hungerkrise in Ukraine und Entwicklungs-/ Schwellenländern
Anforde- rungen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Umwelt-/Klimaverträglichkeit von Ernährung inkl. regionale & saisonale, Bio-Lebensmittel, Reduktion tierischer Lebensmittel, Tierwohl ▶ positive Gesundheitseffekte ▶ Erschwinglichkeit 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Preisstabilität/Erschwinglichkeit insbes. von gesunder, pflanzlicher Ernährung ▶ Umwelt-/Klimaverträglichkeit von Ernährung 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ gutes Einkommen für Landwirte ▶ gesundes Essen für alle (u.a. mehr vegan/vegetarisch); Recht auf gesunde und nachhaltige Lebensmittel ▶ mehr Tierwohl, Klima- und Umweltschutz ▶ Zugang zu und Erschwinglichkeit von gesunden, nachhaltigen Lebensmitteln ▶ Konsumentensouveränität 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Erschwinglichkeit von Lebensmitteln (grundsätzlich, nicht nur von nachhaltiger Ernährung) ▶ Vermeidung von Knappheiten/ Sicherheit der Ernährungssituation ▶ Umwelt, Tierwohl, Gesundheit, Qualität von Lebensmitteln, Zugang zu nachhaltiger Ernährung, bäuerliche Einkommen werden kaum mehr thematisiert und wenn, dann neu geframt („Versicherheitlichung“)
Thematisierte Konflikte zwischen Umwelt & Sozialem	<ul style="list-style-type: none"> ▶ gesundheitlicher und tierethischer Mehrwert einer pflanzenbasierten und Bio-Ernährung vs. tradierter Ernährungsstile (Genuss und Gewöhnung) von Konsument*innen ▶ eine ethischere Tierhaltung würde wegen ihres Flächenbedarfs zu Einschränkungen bei Konsument*innen führen 	[keine direkten Konflikte thematisiert]	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Erschwinglichkeit: höhere Preise von nachhaltigen und gesunden Lebensmitteln sowie von fair bepreisten (für Landwirte einkommenssichernden) Nahrungsmitteln 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sicherstellung der Ernährung vs. Umweltschutz ▶ Erschwinglichkeit vs. Umweltschutz
Thematisierte Synergien	<ul style="list-style-type: none"> ▶ gesundheitlicher, ökologischer und tierethischer Mehrwert einer pflanzenbasierten Ernährung 	[keine direkten Synergien thematisiert]	<ul style="list-style-type: none"> ▶ pflanzenbasierte Kost als umwelt- und gesundheitsförderlich ▶ saisonale Kost als umweltschonend und kostengünstig 	[keine direkten Synergien thematisiert]
Mögliche Lösungs- ansätze	<p><u>(1) Ernährung nachhaltiger gestalten:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Konsum regionaler, saisonaler, ökologischer Produkte ▶ Zuckersteuer 	<p><u>(1) Ernährung nachhaltiger gestalten:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ veränderte Ernährungsgewohnheiten ▶ Grenzsteuer 	<p><u>(1) Ernährung nachhaltiger gestalten:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Internalisierung von Umwelt- und Gesundheitskosten in Lebensmittelpreise ▶ Ordnungsrecht (Kinderwerbverbot, 	<p><u>(1) Ernährung nachhaltiger gestalten:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Nudging ▶ MWSt-Erhöhung für tierische Lebensmittel

	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Einschränkungen von Werbung mit Zielgruppe Kinder ▶ Anhebung der Regelbedarfe von für Lebensmitteln 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Mehrwertsteuerbefreiung für gesunde Lebensmittel, MWSt-Erhöhung für zuckerhalte Lebensmittel 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Umstellung der (öffentlichen) Gemeinschaftsverpflegung ▶ MWSt-Erhöhung für tierische Lebensmittel ▶ Nudging ▶ Informationsbasierte Ansätze, inkl. Kennzeichnungspflicht (Nachhaltigkeits-/ Tierwohllabel) ▶ Landwirtschaft: Bürokratieabbau, Bekämpfung unfairer Handelspraktiken, Reduktion Pestizideinsatz, Förderung ökologischer Landwirtschaft (u.a. finanziell) <u>(2) Soziale Flankierung</u> ▶ Sozialpolitik ▶ Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik ▶ Steuerpolitik ▶ Mehrwertsteuersenkung für Obst, Gemüse und Hülsenfrüchte 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Agrarwende wird ausgebremst durch Krieg gegen die Ukraine <p><u>(2) Soziale Flankierung</u></p> <ul style="list-style-type: none"> ▶ Entlastungspakete (Kritik: Nur ein Teil der von der Kostensteigerung Betroffenen profitiert davon) ▶ Forderung: Anhebung der Regelsätze von Sozialleistungen, Verstetigung von Einmalzahlungen ▶ Mehrwertsteuerbefreiung für pflanzliche Grundnahrungsmittel ▶ kein Lebensmittelrabatt (analog zu Tankrabatt)
Akteur*innen: Rollen	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Konsument*innen: können zur Minderung ernährungsbedingter ökologischer Belastungen beitragen ▶ spezifische Gruppen als vulnerabel bzgl. Ernährungsarmut und gesundheitszentrierten sozialen Problemlagen ▶ Verantwortung der Politik (Bund, EU) für nachhaltige Ernährungspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Landwirt*innen und Verbraucher*innen als negativ Betroffene von aktuellen (v.a. ökonomischen) Entwicklungen ▶ Veränderungsverantwortung: Staatliche Akteure, Landwirt*innen, Konsument*innen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verantwortung der Politik für nachhaltige Ernährungspolitik und ihre soziale Flankierung ▶ Verantwortung von Konsument*innen, Handel, Industrie 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Verantwortung von Politik, Konsument*innen, Handel, Industrie ▶ von den neuen Herausforderungen negativ betroffene Akteur*innen: Haushalte mit niedrigen Einkommen
Akteur*innen: Konfliktlinien	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zivilgesellschaft vs. Politik (regulierungsunwillig), Wirtschaft (Freiwilligkeit funktioniert nicht) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Konfliktlinie Fleischesser*innen vs. Vegetarier-/ Veganer*innen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Konfliktlinie Arm vs. Reich ▶ Konfliktlinie abgehobene Regierungspartei vs. bevormundete Konsument*innen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Konfliktlinie zwischen preissensitiven Konsument*innen (Tafeln unter Druck) ▶ Konfliktlinie zwischen Konsument*innen und Handel ▶ Konfliktlinie Landwirtschaft vs. Politik ▶ Konfliktlinie Landwirtschaft vs. Umweltschutz

Quelle: eigene Zusammenstellung

Vergleicht man die jeweiligen Problembeschreibungen und Lösungsansätze der Diskursphasen miteinander, so sind folgende Dynamiken im untersuchten Zeitraum zu beobachten:

Problembeschreibung (diagnostisches Framing): Negative ökologische und Gesundheitswirkungen von Ernährung werden in unterschiedlicher Intensität in allen vier Diskursphasen diskutiert, und die Minderung dieser Wirkungen wird als wichtige Anforderungen an Ernährung und Ernährungspolitik genannt. Dies wird medial am intensivsten nach Cem Özdemirs Interview reflektiert, und am geringsten wenig später, als mit dem Beginn des Kriegs gegen die Ukraine Lebensmittelpreise – auch ein zentrales Thema während aller vier Phasen – nach Monaten der Verteuerung nochmals deutlich steigen. Die Wirkungen der Kosten nachhaltiger Ernährung auf einkommensschwache Personen und das Thema Ernährungsarmut spielen fast durchweg eine Rolle, wobei nach Özdemirs Debattenbeitrag die Erschwinglichkeit nachhaltiger und gesunder Lebensmittel am intensivsten debattiert wird. Dies ist eine Reaktion auf Özdemirs Problemrahmung von „Ramschpreisen“, die eine Agrarwende zu mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz, Tierwohl und einem guten Einkommen für Landwirte – erstmals im Untersuchungszeitraum als integrierte Anforderung benannt – unterbinden würden. Eine Thematisierung von Synergien zwischen positiven Umwelt- und Sozialwirkungen nachhaltiger Ernährung wie im Fall von pflanzenbasierter oder saisonaler Kost (Gesundheit, Kostenentlastungen) gelingt nur vorübergehend im Anschluss an Özdemirs Interview. Mit Beginn des russischen Angriffskriegs dominieren erneut alte Konfliktmuster: Umweltschutz wird einerseits als sozial unverträglicher Kostentreiber für (insbesondere ärmere) Verbraucher*innen problematisiert, andererseits als Hemmschuh einer intensiven Landwirtschaft, die die Lebensmittelversorgung angesichts kriegsbedingt unterbrochener Lieferketten sicherstellen soll.

Lösungsansätze (prognostisches Framing): Die beiden ersten Diskursphasen unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander; es werden verschiedene Ansatzpunkte diskutiert, mit denen Ernährungsgewohnheiten in Richtung eines Konsums regionaler, saisonaler und ökologischer Produkte beeinflusst werden kann, einschließlich steuerlicher Anreize für gesunde Produkte und ordnungsrechtlicher Einschränkungen von Werbung ungesunder Produkte. Konsument*innen sind dabei wichtige Adressat*innen von Veränderungsverantwortung: Ihr möglicher Beitrag zur Minderung ernährungsbedingter ökologischer Belastungen wird häufig thematisiert; seltener dagegen ihre begrenzte Macht am Ende der Wertschöpfungskette. Zugleich wird angesprochen, dass spezifische Gruppen vulnerabel bezüglich Ernährungsarmut und gesundheitszentrierten sozialen Problemlagen seien. Mit Özdemirs Beitrag ändert sich das prognostische Framing stark. Einerseits rücken ökologisch und gesundheitlich realistische Preise und steuerliche Instrumente ins Zentrum der Debatte um eine (auch ökologisch) nachhaltigere Ernährung. In erster Linie werden hierzu Reformen der Mehrwertsteuer zu pflanzlichen vs. tierischen Produkten thematisiert. Andererseits werden v.a. sozialpolitische Ansätze prominent, die die Kosten einer nachhaltigen Ernährung für einkommensschwächere Haushalte abfedern sollen. Durch den Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen rücken diese Ansätze noch stärker in den Vordergrund. Zugleich geht es nun nicht mehr um die Flankierung der Mehrkosten nachhaltiger Ernährung, sondern um die Abmilderung der hochgeschneiterten Kosten für Ernährung generell. Eine in der zweiten Diskursphase sichtbare Konfliktlinie zwischen Fleischesser*innen und Vegetarier-/Veganer*innen („elitäre Wohlstandmäkelei“) wird in der dritten Phase durch Konfliktlinien zwischen Arm und Reich („Ernährungsarmut“) und zwischen abgehobener Regierungspartei und bevormundeten Konsument*innen überlagert. Dies kann auch mit der in dieser Phase absolut und relativ gestiegenen Anzahl von Beiträgen aus eher bürgerlich-konservativen (mit der Bild auch populistischen) Medien zusammenhängen. Insbesondere das Boulevardblatt Bild, das eine

Leserschaft von überwiegend älteren, männlichen Personen mit niedrigen Bildungsabschlüssen²⁰⁰ adressiert, stellt sich dabei vehement gegen grüne und nachhaltigkeitsorientierte Positionen. In der letzten Diskursphase schließlich differenzieren sich die Konfliktlinien noch weiter aus: zwischen preissensitiven Konsument*innen (u.a. konkurrierend um kostenfreie Nahrungsmittelangebote bei Tafeln), zwischen Konsument*innen und Handel, Landwirtschaft und Politik sowie Landwirtschaft und Umweltschutz.

Blickt man abschließend kurz über den Mediendiskurs hinaus, so ist zu beobachten, dass Trends hin zu einem nachhaltigen Ernährungsverhalten in der Bevölkerung in den letzten Jahren erstarkt sind, wenngleich sie noch nicht in der Breite der Gesellschaft angekommen sind (BMEL 2022, BÖLW 2022). Zwischen den politischen Parteien, selbst innerhalb der Regierungskoalition, ist das Thema nachhaltige Ernährung und Ernährungspolitik weiterhin stark umstritten. Ein Wandel des Ernährungssystems in Richtung Nachhaltigkeit ist daher kein Selbstläufer. Nicht zuletzt der mediale Diskurs wird die Bereitschaft zu einem entsprechenden Wandel beeinflussen – bei den Verbrauchern und Verbraucherinnen ebenso wie bei den Entscheidungsträger*innen in Handel und Politik, die die Rahmenbedingungen für nachhaltige Ernährung maßgeblich gestalten. Einer Transformation des Ernährungssystems kommt es daher nicht zugute, dass im Bereich der Publikumsmedien, die sich an eine breite Leser- und Zuschauerschaft wenden, nur wenige Redaktionen das Thema (nachhaltige) Ernährung abdecken und entsprechend spezialisierte Journalist*innen beschäftigen.

²⁰⁰ Vgl. Leseranlyse des Medienmagazins *journalist*, <https://www.kulturigo.de/leseranlyse-zeigt-die-bild-zeitung-ist-kein-abbild-der-gesellschaft-mehr-bild-erreichtueberwiegend-mittelalte-maenner-ohne-abitur-1627701.html/>.

5 Ausgewertete Medienbeiträge

Medienbeiträge nach Phase, Medienname (alphabetisch) und Veröffentlichungsdatum

Phase I (03-08/2021)

Deutschlandfunk (11.03.2021): Bio- und regionale Waren: Wie sich unser Konsum auf Klima und Umwelt auswirkt.

Deutschlandfunk (07.04.2021): WWF zur Zukunft der Ernährung.

Deutschlandfunk (18.04.2021): Vegane Gesellschaft.

Deutschlandfunk (08.07.2021): Lebensmittelpreise: Wenn das Essen zu teuer wird.

RTL (22.4.2021): Zwischenbilanz zu Nutri-Score und Co: Viele Lebensmittel werden (etwas) gesünder.

Tagesschau (04.11.2021): Methan-Einigung auf Klimagipfel.

TAZ (01.04.2021): Groko ignoriert eigene Berater*innen.

ZDF (11.03.2021): Kinder sehen täglich 15 Spots für Ungesundes.

ZDF (19.05.2021): Ich kaufe, was mir schmeckt.

ZDF (14.06.2021): Öko-Schweinefleisch statt konventionell.

Phase II (09-11/2021)

BILD (20.10.2021): Elitäre Wohlstands-Mäkelei.

DER SPIEGEL (27.10.2021): Düngemittelpreise auf Rekordhoch.

DER SPIEGEL (04.11.2021): Warnung der Vereinten Nationen.

RTL (24.09.2021): Obst und Gemüse werden zum Luxusgut.

ZDF (04.10.2021): Welttierschutztag.

Phase III (12/2021-02/2022)

BILD (29.12.2021): Ampel soll UNS nicht vorschreiben, was wir essen.

BILD (02.01.2022): Händler „machen sich die Taschen voll!“ Muss Essen wirklich teurer werden?

DER SPIEGEL (30.12.2021): Hummer für alle!

RTL (30.12.2021): Höhere Lebensmittelpreise gegen Übergewicht.

RTL (27.01.2022): Klimafreundlich essen und einkaufen.

RTL (22.02.2022): Planetary Health Diet – Mit diesen Lebensmitteln retten Sie die Welt.

RTL (25.02.2022): Karl Lauterbach wirbt für vegetarische Ernährung.

Tagesschau (26.12.2021): Vorgaben für Fertigprodukte.

Tagesschau (15.02.2022): Markt für Bioprodukte wächst weiter.

TAZ (27.12.2021): Versnobte Oberschichtpartei.

TAZ (30.12.2021): Greenpeace zu Lebensmittelpreisen.

TAZ (05.01.2022): SPD-Politikerin über Tierschutzpläne.

TAZ (23.01.2022): Studie zu Kosten von Fleischkonsum.

TAZ (26.01.2022): Weniger Fleisch auf dem Teller.

TAZ (04.02.2022): Billige Lebensmittel: Eine andere Agrarpolitik.

t-online (05.01.2022): Wie vertrauenswürdig sind die Siegel bei Fisch?

ZDF (26.12.2021): Özdemir gegen Ramschpreise für Lebensmittel.

ZDF (14.01.2022): Altes System „produziert Verlierer“.

Phase IV (03/2022-06-2022)

BILD (31.03.2022): Tafeln bayernweit vor dem Kollaps.

BILD (20.05.2022): „Lebensmittel sind zu billig“.

DER SPIEGEL (18.03.2022): „Weniger Fleisch zu essen, wäre ein Beitrag gegen Putin“.

Deutschlandfunk (28.03.2022): Warum der Krieg in der Ukraine die Agrarwende ausbremst.

Tagesschau (03.04.2022): Am Limit.

Tagesschau (13.04.2022): Was hilft gegen hohe Lebensmittelpreise.

Tagesschau (31.05.2022): Mehr Befugnisse für Kartellamt gefordert.

TAZ (11.05.2022): Steigende Inflation.

TAZ (10.06.2022): Entlastung für Mensch und Umwelt.

TAZ (19.06.2022): Das Essen wird unbezahlbar.

t-online (28.03.2022): Supermarkt-Psychologie.

ZDF (05.03.2022): Uno warnt vor Hunger in Ukraine und weltweit.

ZDF (19.05.2022): Preisanstieg belastet vor allem Geringverdiener.

Literaturverzeichnis

- Biesalski, H.K. (2013): Der verborgene Hunger – Satt ein ist nicht genug. Springer Verlag, Berlin.
- BMEL (2022): Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2022. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin.
- BÖLW (2022): Branchen-Report 2022 – Ökologische Lebensmittelwirtschaft. Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V., Berlin.
- Carpenter, C. (2007): Studying issue (non)-adoption in transnational advocacy networks. In: International Organization 61 (3) 643-667.
- Coely, J. (2013): Theorizing issue selection in advocacy organizations – an analysis of human rights activism around Darfur and Congo. In: Sociological Perspectives 56(2) 191-212.
- Ellrott, T. (2016): Warum is(s)t keiner mehr normal? In: food-service, 12/2016 42-43.
- Feichtinger, E. (1996): Armut und Ernährung: Literaturanalyse unter besonderer Berücksichtigung der Konsequenzen für Ernährungs- und Gesundheitsstatus und der Ernährungsweise in der Armut. <http://bibliothek.wzb.eu/pdf/1996/p96-202.pdf> (zuletzt abgerufen am 04.05.2023).
- Hajer, M.A. (1995): The politics of environmental discourse – ecological modernization and the policy process. In: Oxford University Press 23(2) 245-248.
- Jäger, S. (1993): Kritische Diskursanalyse – Eine Einführung. Unrast Verlag, Münster.
- Jäger, S. (2000): Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In: Keller, R.; Hirsland, A.; Schneider, W.; Viehöver, W. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Leske + Budrich, Opladen, 91-124.
- Keller, R. (2015): Die Wissenssoziologische Diskursanalyse im Feld der sozialwissenschaftlichen Diskursforschung. In: Kämper, H; Warnke, I.H. (Hg.): Diskurs – interdisziplinär – Zugänge, Gegenstände, Perspektiven, 1. Auflage, De Gruyter Akademie Forschung, Berlin u.a., 25-46.
- Lewalter, R.; Beermann, A. (2021): Ernährungsarmut – In Deutschland (k)ein Thema? Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. https://foes.de/publikationen/2021/2021-11_FOES_Ernaehrungsarmut_Teil_1.pdf (zuletzt abgerufen am 04.05.2023).
- Martínez, J. et al. (2021): Faire Ernährungsumgebungen gestalten – Zugleich eine Replik auf die Stellungnahme von Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio in ZLR 2/2021 zum WBAE-Gutachten „Politik für eine nachhaltigere Ernährung“. In: Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht, 2021, 5, Deutscher Fachverlag, Frankfurt am Main, 589-614.
- Meier, T.; Senftleben, K.; Deumelandt, P.; Christen, O; Riedel, K.; Langer, M. (2015): Healthcare Costs Associated with an Adequate Intake of Sugars, Salt and Saturated Fat in Germany – A Health Econometrical Analysis. In: PLOS ONE, 10 (9) 1-21.
- Nischwitz, G.; Chojnowski, P. (2019): Studie zu Verflechtungen und Interessen des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Institut Arbeit und Wirtschaft, Universität Bremen. Studie im Auftrag des NABU.
- Scoones, I.; Newell, P.; Leach, M. (2015): The politics of green transformations. Routledge, Abingdon.

Snow, D.; Benford, R. (1988): Ideology, frame resonance, and participant mobilization. In: Klandermans, B.; Kriesi, H.; Tarrow, S.G. [Hrsg.]: International Social Movement Research, X. Auflage, Jai Press, London, 197-218.

Statistisches Bundesamt (2022): Preisentwicklung für Nahrungsmittel im Zeitraum Januar 2015 bis September 2022.

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Preise/Verbraucherpreisindex/Tabellen/sonderauswertung-nahrungsmittel.html> (zuletzt abgerufen am 04.05.2023).

Voget-Kleschin, L.; Hampicke, U. (2016): Landwirtschaft und Ernährung. In: Ott, K; Dierks, J.; Voget-Kleschin, L. (Hg.): Handbuch Umweltethik. Metzler, Stuttgart, 247-256.

Wallbott, L. (2014): Keeping discourses separate – explaining the non-alignment of climate politics and human rights norms by small island states in UN climate negotiations. In: Cambridge Review of International Affairs, 27(4) 736-760.

Wallbott, L. (2019): Negotiating human rights in a changing climate – The exploration of spatiality of norm change in global politics. Universität Tübingen, Tübingen.

Willett, W.; Rockström, J.; Loken, B.; Springmann, M.; Lang, T.; Vermeulen, S. et al. (2019): Food in the Anthropocene - the EAT-Lancet Commission on healthy diets from sustainable food systems. In: The Lancet, 393 (10170) 447-492.

WBAE (2020): Politik für nachhaltigere Ernährung - Gutachten des Wissenschaftlicher Beirat für Agrarpolitik, Ernährung und gesundheitlichen Verbraucherschutz (WBAE), Berlin.
https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_Ministerium/Beiraete/agrarpolitik/wbae-gutachten-nachhaltige-ernaehrung.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zuletzt abgerufen am 04.05.2023).

Wolff, F. (2021): Wie werden soziale Aspekte im Kontext von Umweltpolitik thematisiert? Eine Analyse von Medien- und Stakeholderdiskursen zwischen 2018 und 2021. Öko-Instituts Working Paper 11/2021, Berlin.

WCED (1987): Our common future – The Report of the World Commission on Environment and Development. Oxford University Press, Oxford, New York.

Zinke, O. (2020): Bauern-Bashing: Französische und deutsche Bauern leiden am meisten. In: agrarheute, 02.07.2020. Online verfügbar unter <https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/bauern-bashing-franzoesische-deutsche-bauern-leiden-meisten-570374>.

Zukunftskommission Landwirtschaft (2021): Zukunft Landwirtschaft – Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zukunftskommission Landwirtschaft, Berlin.